

**38. Sitzung, Dienstag, 26. Januar 2016, 19.30 Uhr**

Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*

Verhandlungsgegenstände**5. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017–2020 (KEF 2017–2020)**

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2016

KR-Nr. 1/2016

(Fortsetzung der Beratung) Seite 2403

Verschiedenes

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 2444

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

5. Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017–2020 (KEF 2017–2020)

Zusammenstellung der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2016

KR-Nr. 1/2016

(Fortsetzung der Beratung)

29

BD, Leistungsgruppe 7306, Berufsbildung

Differenzierte Angabe des Aufwands in der Erfolgsrechnung der Berufsbildung

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur:

In der Erfolgsrechnung der Berufsbildung wird der Aufwand differenziert nach Aufwand für die Grundbildung (Sekundarstufe II) und der höheren Berufsbildung ausgewiesen.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die Mehrheit der KBIK hält eine differenzierte Darstellung der Ausgaben für die berufliche Grundbildung und die höhere Berufsbildung für angezeigt. In den letzten Jahren hat es Verschiebungen zwischen diesen beiden Bereichen gegeben, so erfolgte von der Politik mehrheitlich nicht bemerkt der Ausbau der höheren Berufsbildung finanziell auf Kosten der beruflichen Grundbildung. Wir haben bei der letzten KEF-Erklärung auch gehört, dass es auch in Zukunft möglicherweise so sein könnte. Diese Entwicklung ist aus dem KEF nur indirekt abzulesen, und sie soll deshalb neu nachvollziehbar dargestellt werden, indem man die beiden verschiedenen Bildungsstufen auch separat ausweist.

Nachdem sich die Bildungsdirektion gegenüber diesem Anliegen offen gezeigt hat, beantragt Ihnen die KBIK einstimmig, diese KEF-Erklärung zu überweisen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Was möchte die Bildungsdirektorin Silvia Steiner dazu sagen?

Regierungsrätin Silvia Steiner: Immerhin kann man jetzt so ermöglichen, dass alle noch schnell an ihren Platz sitzen können bevor die Abstimmung kommt, deshalb sage ich noch etwas.

Aber ich möchte auch inhaltlich noch etwas zu dieser Leistungsgruppe 7306 sagen: 2015 wurde dort ein neues Kostenstellenmodell eingeführt, das die Erhebung der gewünschten Kennzahlen ab 2016 ermöglichen wird. Und ich muss Ihnen sagen, für solche Dinge bin ich immer offen, solange ich nicht unzählige Mann- oder Fraustunden investieren muss, um eine Kennzahl zu eruieren. Das ist in diesem Fall ohne die Investition mehrere Mann- und Fraustunden möglich, deshalb ist das Anliegen einer differenzierten Darstellung der Ausgaben für die Berufsbildung gerechtfertigt, und wir werden eine analoge Lösung wie bei der Leistungsgruppe 7301, also bei den Mittelschulen, umsetzen, wo die Kosten der Hauswirtschaft ebenfalls gesondert ausgewiesen werden. Deshalb bin ich mit einer Überweisung einverstanden.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 29 mit 156 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

30

BD, Leistungsgruppe 7406, Zürcher Fachhochschulen

Wirkungsindikatoren zur Forschung durch die Zürcher Fachhochschulen

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur:

Dem KEF zur Zürcher Fachhochschulen sind geeignete Indikatoren beizufügen, mit denen die Leistungen der Zürcher Fachhochschulen im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung bzw. des Wissens- und Technologietransfers dargestellt werden.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Ich hoffe auf ein ähnliches Ergebnis, denn die KBIK und die Bildungsdirektion sind sich nämlich wieder einig, dass ein neuer Wirkungsindikator in den KEF aufgenommen werden sollte, der über die Zeit zeigt, wie sich die Leistungen der Zürcher Fachhochschulen im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung entwickeln beziehungsweise ob die Erkenntnisse daraus den Weg in die Wirtschaft finden.

Wie die Begründung zur KEF-Erklärung ausweist, entspricht diese Forderung auch inhaltlich den Entwicklungsschwerpunkten des Regierungsrates. Die Erhebung sollte mit vorhandener Daten relativ einfach und wiederum ohne viel Zusatzaufwand möglich sein. Die KBIK hat sich mit 14 zu 1 Stimmen für diese KEF-Erklärung ausgesprochen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Wenn man neue Indikatoren einführen will, muss man immer ein bisschen vorsichtig sein. Ich denke, die Absichten der KBIK sind durchaus löblich. Was will man machen? Man will messen, wie gut etwas funktioniert, man will wissen, wie gut der Wissens- und Technologietransfer ist. Das Problem ist jeweils, bei Dingen wie Bildung kann man die Qualität halt nicht recht messen, darum führt man Indikatoren ein. Und damit tappt man in eine Falle, denn Indikatoren setzen sich aus verschiedenen Faktoren zusammen, und man glaubt dann, dass ein bestimmter Indikator für eine bestimmte Qualität steht. Dann berechnet man diesen Indikator und der ist dann 7, und dann stellt man fest, hui, aber letztes Jahr war der 7,2 und denkt, hui, die Qualität hat sich verschlechtert und schon ist man in der Indikator-Falle, weil man meint, der Indikator messe direkt die Qualität. Dabei kann es einfach sein, dass sich gewisse Faktoren

verändert haben, die nicht wirklich mit einer Qualität des Technologietransfers zu tun haben. Deshalb sind meiner Ansicht nach Indikatoren sehr gefährlich, weil sie die Illusion vermitteln, direkt Qualität zu messen.

Jetzt werden Sie vielleicht sagen, ja gut, ist doch immerhin besser als nichts. Ich bin hier sehr skeptisch, denn stellen Sie sich vor, es gibt jetzt Druck auf die Verbesserung eines bestimmten Indikators, dann heisst das nicht direkt, man will jetzt die Qualität von diesem Technologietransfer verbessern, sondern man ist bestrebt, die Faktoren, die in die Berechnung dieses Indikators einfließen, zu optimieren, damit diese Zahl höher wird. Und das kann halt je nach dem sogar kontraproduktiv sein. Das kann sogar zu negativen Effekten führen. Ich denke, wir müssen akzeptieren, dass Qualität in der Bildung, wie das auch in der Gesundheit ist, halt eine subjektive Grösse ist, die sich nicht ganz leicht mit einer Zahl wiedergeben lässt.

Im besten Fall, und das hoffe ich jetzt in diesem Fall, ist dieser Indikator wirkungslos, und dann ist es nicht so schlimm. Aber ich bin der Ansicht, dass es besser ist, nicht zu messen, als falsch zu messen. Deshalb werden wir diesen Indikator respektive die Einführung dieses Indikators ablehnen. Danke.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich kann nachvollziehen, was Martin Neukom eben gesagt hat und doch, wie der KBIK-Präsident ja auch ausgeführt hat, ist es ein Entwicklungsschwerpunkt des Regierungsrats, in dem er sich zum Ziel gesetzt hat, diesen Wissens- und Technologietransfer zu fördern. Und dieses Ziel deckt sich mit dem gesetzlichen Auftrag, und es deckt sich auch mit unseren Erwartungen an die Fachhochschulen, nämlich dass sie ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in einer praxisorientierten Form umsetzen. Wir wollen keine – das ist auch wichtig – zusätzlichen Universitäten mit Grundlagenforschung. Wir wollen nämlich Fachhochschulen, die sich in Lehre und Forschung anwendungsorientiert an den Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft ausrichten.

Wenn wir jetzt in den KEF schauen, sehen wir, dass wir nur Indikatoren haben, die messen, wie viele Masterabschlüsse und Bachelorabschlüsse zu verzeichnen sind. Man kann sich auch in diesem Fall übrigens darüber streiten, wie sinnvoll das ist. Sind mehr Abschlüsse besser? Ein bisschen mehr, ein bisschen weniger, da haben wir eigentlich das gleiche Problem mit den Indikatoren.

Um diesen anderen Aspekt im KEF abzubilden, haben wir der KBIK vorgeschlagen, dem KEF einen solchen Wirkungsindikator beizufü-

gen, der die Entwicklungen in der angewandten Forschung misst. Wir erwarten – der Kommissionspräsident hat es auch gesagt – keine neuen Erhebungen, Statistiken, Umfragen et cetera, wir erwarten einfach einen neuen Indikator auf Basis bestehender Daten, der diese Dimension des Fachhochschul-Auftrags entsprechend abbildet. In diesem Sinne werden wir auch dem Antrag der KBIK zustimmen.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Ich denke, über Indikatoren und über ihren Nutzen könnten wir uns lange streiten, wohl die ganze KEF-Debatte lang. Aber wie wir es bereits gehört haben, haben wir eben nur Wirkungsindikatoren, die sich auf quantitative Kriterien beziehen bei den Fachhochschulen. Gerade aufgrund des Entwicklungsschwerpunkts des Regierungsrates wäre es doch gut, qualitative Wirkungsindikatoren zu haben. Die SP erachtet deshalb diese KEF-Erklärung als sinnvoll und stimmt ihr zu.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Das Wichtigste gleich zu Beginn: Dieser Indikator kann aus den bestehenden Daten generiert werden. Es müssen also keine neuen Stellen geschaffen werden. Dass man die Wirkung der angewandten Forschung überprüft, scheint doch einigermassen sinnvoll. Wir Grünliberalen stimmen diesem KEF-Antrag zu.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Auch bei diesem Antrag war für uns wesentlich, wie gross der Aufwand ist, um diesen Indikator einzuführen. Es ist sinnvoll, neben den bestehenden Indikatoren für die Lehre auch einen Indikator für den übrigen Bereich des Leistungsauftrages der Fachhochschulen mit Globalbudget einzuführen.

Die Einwerbung und Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten beziehungsweise der Wissens- und Technologietransfer gehören zu den zentralen Aufgaben einer Fachhochschule. Um den administrativen Aufwand für den neuen Indikator möglichst gering zu halten, ist dieser auf der Grundlage von bestehenden Daten zu entwickeln.

Was Sie dann allerdings aus diesen Indikatoren für Schlüsse ziehen, ist eine andere Frage. Dies ganz nach dem Motto «traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast». Der Indikator entbindet selbstverständlich nicht davon, eine saubere Qualitätsüberprüfung, ein Qualitätsmanagement zu betreiben. Das wird an der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) gemacht, und das wird

auch weiterhin so sein. Sie können also der Überweisung getrost zustimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 30 mit 150 : 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

31

BD, Leistungsgruppe 9600, Universität Zürich

Neuer Leistungsindikator L9 Ausländeranteil bei den Postdoc-Stipendiaten

Antrag von Hans-Peter Amrein:

Einführung eines neuen Leistungsindikators L9 Ausländeranteil bei Postdoc-Stipendiaten.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Postdoktoranden sind Wissenschaftler, welche nach dem Doktorat befristet meist über einen Zeitraum von sechs Monaten bis 2 Jahren angestellt werden. Für Doktoranden, welche weiter in der Forschung tätig bleiben wollen und eine Habilitation oder sogar die Laufbahn zum Professor oder Privatdozenten anstreben, ist eine solche Stelle zwecks Vertiefung der wissenschaftlichen Kenntnissen und Fertigkeiten sowie zum Ausbau der eigenen Publikationsliste praktisch unerlässlich. Die Postdoktoranden suchen sich deshalb dazu meist eine Stelle an einer anderen Universität als derjenigen, an welcher sie doktorierten. Dies ist sowohl für die Erweiterung des Wissens- und Erfahrungshorizontes als auch als Referenz und für die weitere universitäre und Forschungs-Karriere von grösster Bedeutung. Und so ist es auch logisch, dass der Grossteil der schweizerischen Postdoktoranden eine Stelle im Ausland sucht. Dennoch und gerade aufgrund der beschränkten Anzahl von Universitäten und vorhandenen Postdoc-Stellen in unserem Land ist der 78,2-prozentige Ausländeranteil bei den Postdoc-Stipendiaten an der Universität Zürich – siehe die unterdessen eingetroffene Antwort auf Anfrage KR-Nr. 180/2015 – erschreckend hoch.

Die Stipendien werden einerseits aus dem kantonalen Forschungskredit alimentiert und andererseits durch den Nationalfonds ausgerichtet, welcher wiederum auch mit Zürcher Steuergeldern gespeist wird. Während ein maximaler Ausländeranteil von etwa 50 Prozent aufgrund des geschilderten Sachverhaltes noch als angemessen betrachtet werden könnte, ist der überdurchschnittlich Ausländeranteil von 78,2

Prozent bei den Postdoc-Stipendiaten als eindeutig zum Nachteil des Nachwuchses an schweizerischen Professoren und Privatdozenten, insbesondere von Absolventen anderer Universitäten in der Schweiz wie Genf, Lausanne, Basel, Fribourg, Lugano et cetera zu betrachten.

Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Postdoc-Stipendiaten verlässt nämlich aus verständlichen und geschilderten Gründen nach Abschluss ihrer Studien unser Land wieder und geht der universitären Lehre und Forschung in der Schweiz für immer verloren. Es erscheint unerlässlich, dass bei dieser für den schweizerischen Nachwuchs an Professoren und Privatdozenten und Forschern höchst unbefriedigenden Sachlage eine Änderung herbeizuführen ist und die Situation mittels eines neuen Leistungsindikators deshalb auch im Auge behalten werden muss.

Und deshalb ist es mir unverständlich, weshalb zehn Mitglieder der vorberatenden Kommission, der KBIK, den neuen Leistungsindikator ablehnen. Fehlte der Mehrheit der Damen und Herren der KBIK bei ihrem Entscheid ganz einfach das entsprechende Detailwissen oder werden Sie uns jetzt plausibel darlegen können, warum trotz der geschilderten, offensichtlichen Defizite Ihrer Meinung nach kein neuer Leistungsindikator eingeführt werden soll? Ich bin gespannt auf die nun folgenden Voten. Überweisen Sie deshalb bitte, sehr geehrte Damen und Herren, diese KEF-Erklärung. Ich danke Ihnen.

Moritz Spillmann (SP, Ottenbach), Präsident der KBIK: Bei dieser KEF-Erklärung stellten sich in der KBIK tatsächlich ganz viele Fragen, begonnen dabei, was genau ein Postdoc ist, was gemeint ist, wer ein Stipendium erhält oder ob alle Postdocs an der Uni Zürich ein Stipendium erhalten oder wie das genau aussieht. Auch die Fragen, welche Institutionen ein entsprechendes Stipendium ausrichten, wer genau in diesem Zusammenhang als Ausländer zu bezeichnen wäre und schliesslich wie ein solcher Leistungsindikator dann auch zu beurteilen wäre.

Ich führe jetzt nicht die ganze Diskussion aus der KBIK nach, sondern möchte auf einen Punkt verweisen, der sich dann eben bei vielen weiteren Teilpunkten gestellt hat, nämlich jetzt hier als Beispiel, wer denn eigentlich ein Ausländer ist oder was ist denn genau der «Ausländer» an der Universität Zürich. Die Frage ist schwierig, ob der Antragssteller Ausländer oder in diesem Zusammenhang eben eher ein Bildungs-Ausländer meint. Ein Bildungs-Ausländer ist zum Beispiel auch ein Auslandschweizer, der die Zulassung zum Studium im Ausland erworben hat, für das Studium selber aber in die Schweiz kommt. Oder meint der Antragssteller mit Ausländer jemand der seine ganze Aus-

bildung in der Schweiz absolviert hat, aber einen ausländischen Pass besitzt? Diese Frage ist zum Beispiel nicht geklärt.

Das Ziel, den Schweizer Nachwuchs in der Forschung zu stärken wird mit dieser KEF-Erklärung respektive mit dem geforderten Indikator nicht unterstützt, weil das System anders angelegt ist. Es ist eben ein extrem kompetitives System, welches die Schweizer Forscher zwingt, ins Ausland zu gehen, um sich bei der späteren Bewerbung um eine Professur an der Universität Zürich der in- und ausländischen Konkurrenz zu stellen. Nicht die Nationalität ist das Beurteilungskriterium, sondern die fachliche Exzellenz. In diesem Sinne ist diese KEF-Erklärung nicht zu überweisen.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Sie haben es gehört, wer sich nach der Doktorarbeit weiterentwickeln will, tut gut daran, seine Universität zu verlassen. Die im Ausland gemachten Erfahrungen erhöhen nämlich die Chancen, als Professor an die eigene Universität zurückkehren zu können. Dies gilt natürlich nicht nur für die Zürcher, sondern auch für die Münchner oder die Amerikaner. Wenn der Ausländeranteil bei den Postdoc-Stipendiaten also tatsächlich 78 Prozent beträgt, so ist das nicht erschreckend hoch, sondern erfreulich hoch. Es zeigt, dass die Universität Zürich einen guten Ruf hat und begehrt ist. Ausländische Postdoc-Stipendiaten sind, so wie ich es verstehe, Leute, die ein Stipendium haben und die mit diesem Geld nach Zürich kommen. Darüber könnte eigentlich die Universität Zürich froh sein, oder?

Mir ist auch nicht ganz klar, was der Antragssteller meint. Welche Stipendien sind gemeint? Nationalfonds, kantonaler Forschungskredit, EU-Mittel oder interne Mittel aus der Universität? Wer genau ist ein Ausländer? Geht es um den Pass oder um die Bildungskarriere? Das sind alles Fragen, die eigentlich nicht geklärt werden konnten in unserer Kommission. Die KEF-Erklärung bleibt für mich etwas nebulös, und deshalb lehnen wir sie ab.

Sylvie Matter (SP, Zürich): Bei zehn ablehnenden Stimmen in der KBIK kann ich es vorwegnehmen: Die SP lehnt diese KEF-Erklärung ab.

Was doch sehr verwirrend ist der Ausdruck «Postdoc-Stipendiaten», denn durch die erwähnten Mittel, der kantonale Forschungskredit und der Nationalfonds, werden auf verschiedene Weise Forschungsprojekte unterstützt. Das sind keine Stipendien, das sind Unterstützungen für Forschungsprojekte. Es gibt keine Postdoc-Stipendiaten.

Wir haben es auch schon gehört, wer die akademische Karriereleiter erklimmen will, muss spätestens in der Postdoc-Phase die Heimuniversität verlassen und Auslandsfahrung sammeln. Anders lässt sich der Weg zur Professur heute nicht mehr erreichen. Es ist somit Teil des Systems, dass es eine hohe Zahl von ausländischen Postdocs an der Universität Zürich gibt. Wer in Zürich seine Dissertation verfasst hat, geht danach an eine andere Universität, möglichst ins Ausland, dies gilt auch für die anderen Schweizer Universitäten. Die wollen nicht nach Zürich kommen, auch die wollen Auslandsfahrung sammeln.

Falsch ist auch, dass die Postdocs alle befristet angestellt sind. Es gibt doch ein paar wenige, die eine unbefristete Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Zürich bekommen, denn eine Habilitation schreibt man nicht in einem halben Jahr. Das geht doch meist etwas länger. Will man also die Schweizer Postdocs unterstützen, zum Beispiel auch diejenigen, die nicht die Karriereleiter bis zur Professur erklimmen wollen, sondern eine Habilitation schreiben und dann als Dozent und nicht als Professor an der Universität arbeiten wollen, dann braucht es mehr unbefristete Stellen für wissenschaftliche Mitarbeitende. Und wenn man das will, muss man nicht diese KEF-Erklärung unterstützen, sondern das Postulat 70/2015 von Rosmarie Joss und mir überweisen. Dankeschön.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Ich habe mir eine Weile überlegt, ob ich überhaupt noch etwas sagen soll. Wenn ich Herrn Amrein so zuhöre, dann habe ich so das Gefühl, es herrscht diese latente Angst irgendwie ausgenutzt zu werden von anderen, unterwandert zu werden von Fremden. Die permanente Angst irgendwie zu kurz zu kommen, jemand könnte einem etwas wegnehmen. Dieses Misstrauen gegenüber Fremden kommt ja hin und wieder vor. Ich weiss auch nicht, was man da tun kann, muss ich ehrlich gesagt sagen

Das Postdocs im Ausland stattfinden, ist völlig klar. Die Forschungswelt ist halt globalisiert. Diese Frage darf man hingegen stellen, ob das sinnvoll ist, dass von einem Postdoc erwartet wird, für zwei Jahre im Ausland gearbeitet zu haben. Das ist eine legitime Frage. Ich denke, wir beantworten sie aber nicht mit dieser KEF-Erklärung. Dieser Indikator ist überhaupt nicht schädlich, aber völlig nutzlos. Darum lehnen wir ihn ab.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Herr Neukom, es ist wirklich so, Sie hätten besser nichts gesagt, denn Sie haben es nicht verstanden. Es geht nicht per se um die Ausländer, und

es ist klar, dass ein Postdoktorand, welcher in die Forschung gehen will, welcher nachher eventuell die Professorenlaufbahn verfolgen möchte, dass der an eine andere Uni muss, und der muss ins Ausland, wenn er Schweizer ist. Da braucht es auch Reziprozität, das ist auch klar. Keine Frage.

Aber Frau Sylvie Matter, Sie sind ja in der KBIK, und wie ich feststelle, lesen Sie die entsprechenden Anfragen, welche dieses Sachgebiet oder diese Kommission betreffen, nicht. Ich verweise auf KR-Nr. 180/2015, Anfrage, Massnahmen zur Förderung von sogenannten Doppelkarrieren und Verteilung von Forschungsgeldern an der Universität Zürich, auf welcher auf Seite 6 der Regierungsrat genau auf die Postdoktorierenden und Doktorierenden eingeht und die Verteilung von Forschungsgeldern durch den Nationalfonds. Sie finden dort eine schöne Tabelle. Von da habe ich nämlich auch dieses Verhältnis.

Ich habe diese Frage auch gestellt, weil von Seiten Studierender an Schweizer Unis – nicht nur an der Uni Zürich – gesagt wurde, dass sie benachteiligt sind gegenüber Ausländern, weil scheinbar im Verhältnis sehr viel mehr Ausländer solche Stipendien kriegen. Und das ist nicht richtig. Und es ist vor allem auch nicht richtig für die Absolventen in Genf, Basel oder Luzern, welche eventuell auch nach Zürich möchten. Der Schweizer hat es dann schwieriger als der Ausländer, der ein Stipendium kriegt. Und darum glaube ich, dass dieses Verhältnis gesenkt werden sollte. Das können nicht wir entscheiden, aber man muss es im Auge behalten und deshalb der Indikator. Der Indikator kostet nichts, und deshalb bitte ich sie die KEF-Erklärung zu überweisen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich erlaube mir etwas zur Institution der Postdoc-Anstellungen zu sagen, nur kurz, denn es wurde bereits erwähnt: Die Postdoc-Anstellungen betreffen die Phase nach dem Doktorat und vor der Professur. In dieser Phase sind die Betroffenen am meisten mobil. Wenn sich jemand nach dem Doktorat akademisch weiterentwickeln will, verlässt er oft die heimische Universität, weil die Chance an der eigenen Universität Professor zu werden, grösser ist, wenn Erfahrungen an anderen Universitäten vorgewiesen werden können. Aus dem gleichen Grund kommen viele Postdocs eben aus dem Ausland an die Uni Zürich. Mit anderen Worten: Unsere Leute gehen ins Ausland und im Gegenzug kommen die Top-Shots aus dem Ausland zu uns. Und genau das wollen wir auch. Wir wollen keine Elfenbeinturm-Karrieren, sondern wir möchten spezialisierte und hochqualifizierte Leute, und wir wollen für diese eine offene Tür.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen, die KEF-Erklärung nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 31 mit 108 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

38

BD, Leistungsgruppe 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Erfolgsrechnung NHS-Fonds (Folgeantrag in LG 8000)

Antrag der Kommission für Planung und Bau:

Erfolgsrechnung:

Im Ertrag wird der Übertrag vom GS (8000) wie folgt angepasst:

	B14	B15	P16	P17	P18	P19
alt:	21.0	23.0	23.0	23.0	23.0	23.0
neu:	21.0	23.0	21.0	21.0	21.0	21.0

Der Aufwand wird wie folgt angepasst:

	B14	P15	P16	P17	P18	P19
alt:	-33.3	-39.3	-38.9	-38.3	-38.3	-37.1
neu:	-33.3	-39.3	-36.9	-36.3	-36.3	-35.1

32

BD, Leistungsgruppe 8000, Generalsekretariat

Generalsekretariat Baudirektion (Folgeantrag zu LG 8910)

Antrag der Kommission für Planung und Bau:

Erfolgsrechnung:

Im Aufwand wird der Übertrag in den NHS-Fonds (8910) wie folgt angepasst:

	B14	P15	P16	P17	P18	P19
alt:	21.0	23.0	23.0	23.0	23.0	23.0
neu:	21.0	23.0	21.0	21.0	21.0	21.0

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Nummer 32 ist eine Erklärung der Kommission für Planung und Bau, und das Wort hat der Präsident Erich Bollinger. Sie verzichten auf Ihr Votum? Sie wollen nicht sprechen? (*Heiterkeit.*) Gibt es sonst jemand, der sich äussern möchte zu

dieser Erklärung. Der Regierungsrat (*Baudirektor Markus Kägi*), er ist extra gekommen (*Heiterkeit*).

(*Erich Bollinger gibt zu verstehen, dass Antrag 32 ein Folgeantrag zu Antrag 38 ist, und er erst nachher sprechen wird.*)

Regierungsrat Markus Kägi: Herr Bollinger hat es gesagt, es ist ein Folgeantrag zur Leistungsgruppe 8910. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2015 – das ist glaube ich nicht so lange her – diesen Antrag im Budget abgelehnt. Jetzt, ein paar Tage später, kommt der gleiche Antrag wieder auf den Tisch des hohen Hauses. Ich mache Ihnen einfach klar, was passieren wird, mit welchen Auswirkungen Sie zu rechnen haben: Meine Damen und Herren, die periodischen Unterhaltsarbeiten können teilweise nicht mehr durchgeführt werden, und von einer Kürzung in dieser KEF-Periode wären unter anderem Landwirte, Forstdienste und KMU betroffen. Ich möchte das nicht weiter ausführen. Ich beantrage Ihnen, diese Erklärung (*Nr. 32*) nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir sind ja alle nicht unfehlbar. Ich hätte zuerst die Nummer 38 drannehmen müssen. Vielen Dank für den Hinweis. Dann gebe ich jetzt der KBP das Wort zum Antrag 38, weil wir erst im Anschluss über Nummer 32 abstimmen können. Wir sind also jetzt bei Antrag 38.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Diesen Antrag muss man eigentlich kaum begründen, er kommt sozusagen alle Jahre wieder. Diesmal hat er – die finanzielle Situation des Kantons ist nicht einfacher geworden und die Mehrheiten im Rat haben sich verschoben – eine Mehrheit gefunden.

Die Minderheit lehnt den KEF-Antrag ab. 2013 wurde die Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds um 2 Millionen Franken gesenkt. Gleichzeitig wurde mit einem Folgeantrag beschlossen, den Aufwand im Natur- und Heimatschutzfonds ebenfalls um 2 Millionen Franken zu senken. Der Saldo blieb unverändert. Die Steigerung umfasst auch 3 Millionen Franken neue durchlaufende Bundesbeiträge. Die Kürzung wird für die Betreuung der Naturschutzgebiete negative Folgen haben.

Die Mehrheit der Kommission für Planung und Bau will der kontinuierlichen Aufwandsteigerung im Natur- und Heimatschutzfonds ent-

gegenwirken. Das ist umso mehr möglich, als der Aufwand für Wanderwege nunmehr aus dem Strassenfonds beglichen wird. Der Antrag will die Sparbemühungen der Regierung unterstützen. Nicht alles, was sicher eine gute Sache ist, wird künftig noch zu bezahlen sein. Ich beantrage Ihnen, diesen Kommissionsantrag der KPB zu überweisen.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Heute haben wir gelernt, es gibt Fans des Films «Täglich grüsst das Murmeltier». Das passt auch zu diesem Antrag. Den haben wir auch jedes Jahr. Diese Fans sollten vielleicht auch wissen, der Schauspieler lernt seine Lektion in diesem Film. Es gibt ein Happy End, und es läuft wieder. Ich hoffe, wir lernen hier die Lektion auch und müssen diesen Antrag nächstes Jahr nicht mehr behandeln. Die Gründe hat der Baudirektor bereits ausreichend ausgeführt, und ich bitte Sie, diese KEF-Erklärung nicht zu überweisen.

Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen): Der Kanton muss sparen und das Ausgabenwachstum muss eingedämmt werden. Vor diesem Hintergrund müssen alle einen Beitrag leisten. Der Kommissionspräsident hat es bereits ausgeführt. Die Fonds-Speisung soll um 2 Millionen, was weniger als 10 Prozent sind, auf den Stand des Budgets 2014 reduziert werden. Geld in einen Fonds einzuzahlen muss sich an der Finanzlage des Kantons orientieren, und diese kennen wir ja alle bestens.

Beim Natur- und Heimatschutzfonds geht es grösstenteils nicht um gesetzlich vorgegebene Aufwendungen, vielmehr ist vieles «nice to have». Antworten dazu kriegen wir vielleicht in der regierungsrätlichen Antwort auf die kürzlich eingereichte Anfrage bezüglich der Helikopterflüge im Naturschutzgebiet beim Pfäffikersee.

Es geht also bei diesem Antrag leider nicht um einen Sparantrag, sondern es geht lediglich um einen Status quo gegenüber dem Budget 2014. Es ist mir absolut bewusst, dass es für einige Leute absolut undenkbar ist, die Aufwandsteigerungen beim Natur- und Heimatschutzfonds zu hinterfragen. Bei solchen Überlegungen wird jeweils gleich mit dem totalen Zusammenbruch der Biodiversität argumentiert oder ein angeblicher Zusammenhang zum Bienensterben als bewiesene Tatsache hingestellt.

Selbstverständlich wird auch nie hinterfragt, ob mehr Geld, zum Beispiel im Bereich der Biodiversität, irgendwas verändert hat. Unter «irgendwas verändert» meine ich nicht zusätzliche Öko-Büros und die zusätzliche, teure Ökobürokratie, die sich immer mehr breit macht. Es gibt Tätigkeiten, die aus dem Natur- und Heimatschutzfonds finanziert

werden, die sehr wohl hinterfragt werden müssen, zum Beispiel die Abhumusierung, wenn irgendwo ein Naturschutzgebiet neu gebildet wird oder wenn, wie vorher schon erwähnt, mit Helikopterflügen Holz aus einem Naturschutzgebiet 200 Meter weiter weg deponiert wird.

Die SVP wird wie die Kommissionsmehrheit der KEF-Erklärung zustimmen, Ich bitte Sie, dies auch zu tun. Danke.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Ich spreche zu den KEF-Erklärungen 38 und 32. Die Biodiversitätsstrategie des Bundes bringt Mehraufgaben. Deshalb soll der Übertrag in den Natur- und Heimatschutzfonds mindestens beibehalten werden. Die SP lehnt die KEF-Anträge 38 und 32 ab.

Gemäss Biodiversitätsstrategie sollen Landschafts- und Siedlungsraum zur Vernetzung von Lebensräumen beitragen. Damit wollen wir siedlungsspezifische Arten erhalten. Mit einer Verdichtung des Siedlungsraums benötigt dieses Ziel vermehrt Ressourcen. Neben Schutzbemühungen in der Landschaft und im Siedlungsgebiet muss der Erhalt der Biodiversität in die Raumplanung einfließen. Dies sind weitere neue Aufgaben. Dazu braucht es mindestens die 23 Millionen Franken.

Der Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt ist ein komplexes Anliegen. Aktionen müssen abgestimmt und kohärent sein. Der freiwillige Einsatz für Naturschutzaktionen anstelle von Fachleuten, wie sie Herr Kägi angesprochen hat, ist zwar erfreulich, ist aber nur nachhaltig, wenn eine langfristige Pflege eingerichtet ist. Der Lead muss bei der Politik liegen. Die Politik muss Konstanz gewährleisten. Eine Senkung des Budgets für Natur- und Heimatschutz wäre die falsche Strategie. Behalten wir die Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds bei.

Und ein Bemerkung zur SVP: Dieses zwanghafte Beharren auf Kürzung beim Natur- und Heimatschutzfonds um 2 Millionen erscheint mir etwas penibel. Warten wir doch die Gesamtüberprüfung der Leistungsgruppen ab. Stimmen Sie gegen die KEF-Erklärungen 32 und 38.

Sonja Rueff (FDP, Zürich): Auch wenn jedes Jahr immer wieder über diese Leistungsgruppe diskutiert wird, ist das kein Grund auch im Rahmen der diesjährigen KEF-Debatte hier nicht genau hinzuschauen. Die Situation hat sich verändert, die Finanzen sind knapp. Hier geht es um den Übertrag des Generalsekretariats in den Natur- und Heimatschutzfonds. Die Einlagen können zurückgefahren werden, wenn gespart werden muss. Die Einlage soll auf dem Stand von 2014 plafo-

niert werden. Es ist ja nicht so, dass eine unmögliche Einsparung verlangt wird. Immerhin war es auf dem beantragten Niveau vor ein paar Jahren auch noch möglich einen guten Natur- und Heimatschutz zu betreiben. Die erfolgte Steigerung in den letzten Jahren von über 20 Prozent ist nicht mehr gerechtfertigt.

Es kann hier auch noch betont werden, dass insbesondere die Tätigkeit des Heimatschutzes uns ein Dorn im Auge ist. Sein Verhalten verhindert mehr als das es schützt. In diesem Sinne unterstützt die FDP diese KEF-Erklärung. Besten Dank.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Frau Rueff, ich danke Ihnen, Sie haben darauf hingewiesen, dass der Natur- und Heimatschutzfonds eben ein Natur- und Heimatschutzfonds ist. Die FDP hat sich eigentlich in der letzten Zeit für eine kontinuierliche Arbeit im Naturschutz ausgesprochen, und da denke ich, haben wir eine Mehrheit in diesem Rat für eine kontinuierliche Arbeit im Naturschutz.

Und dann schauen wir uns mal die anderen Indikatoren an. Wir müssen hier nicht über Biodiversität sprechen. Wir können die anderen Indikatoren anschauen. Frau Rueff hat das zurecht gesagt. Wir haben da die Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte. Wir haben die Anzahl archäologischer Projekte, wir haben die Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte. Drei von vier Leistungsindikatoren haben überhaupt nichts mit Naturschutz zu tun. Natürlich, die Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz das ist der Heimatschutz für die Bauern. Wir können das vielleicht auch noch unter Heimatschutz nehmen. Drei von vier Indikatoren betreffen den Heimatschutz, die Archäologie und den Denkmalschutz, und ich wäre eigentlich froh, wir würden bei einer KEF-Debatte nicht einfach nur Saldobetrachtungen machen, sondern über Indikatoren sprechen. Ersteres wäre eigentlich Aufgabe im Herbst respektive im Winter beim Budget. Ich bedaure dass das nicht so gemacht wird. Ich habe auch Freude an der Archäologie, ich habe auch Freude an der Denkmalpflege. Ich denke einfach, das sollten wir uns erhalten. Aber im kommenden Budget, meine Damen und Herren, reden wir nicht über Naturschutz. Sie haben es von der FDP gehört. Wir reden dann über die Denkmalpflege und die Archäologie.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Ich kann es kurz machen: Ich bin erstaunt, es ist ja wie der Baudirektor schon gesagt hat, der genau gleiche Antrag, wie er schon im Budget erschienen ist. Was hat denn unterdessen geändert? Haben Sie da noch nicht gewusst, dass wir spa-

ren müssen? Ich frage mich einfach, warum lässt man sich von einer gewissen Partei oder mehreren Parteien am Gängelband führen.

Auf der anderen Seite bin ich ziemlich getrost. Ich denke, es bleibt ein KEF-Antrag, auch wenn er dann vielleicht sogar eine Mehrheit findet.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Die CVP-Fraktion kam auch im Bereich des Natur- und Heimatschutzes zur Überzeugung, dass angesichts der bevorstehenden finanzpolitischen Herausforderungen in den nächsten Jahren die Vernunft der Mässigung als einer der vier platonischen Kardinaltugenden durchaus angezeigt ist.

Wir empfehlen deshalb die Mehrheitsanträge der KPB in den Leistungsgruppen 8910 und 8000 wie auch der in diesem Zusammenhang im weiteren Sinne stehenden Mehrheitsantrag der WAK über die Leistungsgruppe 8800 zur Annahme.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Das Thema, über das wir hier debattieren, kommt uns allen hier im Ratssaal schon reichlich bekannt vor, denn es war bereits Gegenstand der Budgetdebatte und ein immer wieder beliebter Angriffspunkt von Bürgerlichen, deren Horizont leider nicht viel weiter reicht als bis zu den Zierpflanzen im eigenen Garten, die ja noch nicht verschwunden sind.

Lassen Sie mich einen Vergleich mit einem Pokerspiel im Casino ziehen, denn wie mit der Natur spielen Sie auch im Casino mit einer begrenzten Ressource. Dasselbe gilt übrigens auch für die Archäologie: Falls Sie dort einmal sparen und dadurch eine archäologische Ausgrabung wegsparen, lässt sich diese auch nicht wieder herstellen. Auch mit dem Denkmalschutz: Wenn der Denkmalschutz einmal nicht tätig wird, dann ist je nach dem das Gebäude oder wo der Denkmalschutz aktiv werden sollte, auch unwiederbringlich verloren.

Damit komme ich zurück auf das Casino: Im Casino haben Sie eine bestimmte Anzahl Spielchips. Sie können immer mehr Spielchips einsetzen, bis Sie keine mehr haben, und dann haben Sie verloren und sind ausgeschieden. Ähnlich ist es mit der Natur oder mit den übrigen, vorher beschriebenen Gegebenheiten. Sie können hier schon mit der Natur spielen und immer mehr Geld wegkürzen, bis es bereits zu spät ist, bloss ist es bei der Natur schwieriger als im Casino mit wenigen Spielchips wieder ins Spiel zu kommen. Und an diesem Punkt sind wir bereits heute angelangt.

Nun ist es Ihnen natürlich unbenommen, wenn Sie Ihr eigenes Geld gedankenlos im Casino verlieren wollen. Dort tun Sie es nur mit Ihrem eigenen Hab und Gut, und das Ganze ist auch nur ein Spiel. Aber

mit Ihren Kürzungsanträgen bei der Natur zerstören Sie eine unwiederbringliche Ressource, und die Natur hat im Gegensatz zum Staat leider keine Sozialversicherung, die sie dann retten könnte. Sie verspielen damit die Natur für die kommenden Generationen. Dies ist schlichtweg unverantwortlich und wird sich früher oder später rächen. Meine Damen und Herren, wir können den Naturschutz und den Denkmalschutz nicht einfach vor uns herschieben, und für einen wirksamen Natur- und Denkmalschutz braucht es auch Geld, um entsprechende konkrete Projekte umzusetzen, die unsere Natur schützen. Die Alternative Liste wird diese KEF-Erklärungen selbstverständlich ablehnen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Dann kommen wir zu zwei Abstimmungen, nämlich zuerst über die KEF-Erklärung 38 und dann über die KEF-Erklärung 32.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 38 mit 94 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 32 mit 94 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

33

BD, Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt

Projekt Seeuferweg

Antrag der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr:

Für die Projektierung des Seeuferwegs folgende Nettoinvestitionen einzuplanen:

	P17	P18	P19
alt:	-	-	-
neu:	2'000'000	4'000'000	6'000'000

Rosmarie Joss (SP, Dietikon) Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (KEVU): Die KEVU hat diese KEF-Erklärung an zwei Sitzungen behandelt. Gehen wir etwas in die Vergangenheit zurück: Es gab einst die Volksinitiative «Zürisee für alle». Zu dieser wurde ein Gegenvorschlag gemacht. So wurde im Strassen-gesetz festgehalten, dass jährlich 6 Millionen Franken in die Uferwege

an den Zürcher Seen investiert werden sollen. Aufgrund dieses Gegenvorschlages wurde die Initiative «Zürisee für alle» zurückgezogen. Weil vor Bundesgericht noch ein Verfahren hängig war, wurden diese Gelder, welche gemäss Strassengesetz hätten gesprochen werden müssen, von der Regierung vollständig aus der Planung gestrichen und waren entsprechend im KEF nicht enthalten.

Nun hat sich aber die Situation geändert, weil der hängige Bundesgerichtsentscheid nun da ist. Den Klägern wurde Recht gegeben, und es wurde festgehalten, dass die Beanspruchung von Privatgrundstücken für den Bau von Uferwegen nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen sei. Nun herrscht damit also rechtliche Sicherheit und der Bau der Uferwege kann begonnen werden. Aus diesem Grund wurde in der KEVU eine KEF-Erklärung eingereicht, die forderte, dass für die Planjahre 2017–2019 6 Millionen Franken für diese Uferwege eingestellt werden sollen. Die Baudirektion bemerkte allerdings, dass es nicht möglich sei, diese 6 Millionen vollständig auszuschöpfen, da nun zu wenig Vorlaufzeit vorhanden sei, da ja alles aufs Eis gelegt worden war.

Aufgrund dessen hat die KEVU intern einen Kompromiss beschlossen und kam zum Schluss, dass man nun eine Staffelung vorsieht, indem 2017 2 Millionen Franken, 2018 4 Millionen Franken und 2019 dann die gesetzlich vorgeschriebenen 6 Millionen Franken eingestellt werden sollen.

Die KEVU empfiehlt Ihnen mit einer Mehrheit von 10 zu 1, diese KEF-Erklärung anzunehmen.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Leider hat, wir haben es gehört, die Regierung den Auftrag des Kantonsrats, welcher Ende 2013 den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Zürisee für alle» zugestimmt hatte, mehrere Jahre lang ignoriert, und zwar mit dem vorgeschobenen Argument, man wolle den Bundesgerichtsentscheid abwarten. Dies obwohl das als nächstes zu realisierende Stück zwischen Wädenswil und Richterswil von der Enteignungsfrage nicht betroffen wäre. Es kann und darf nicht sein, dass die Regierung Beschlüsse der Legislative missachtet und absichtlich verzögert. Deshalb gehören und gehörten eigentlich 6 Millionen Franken pro Jahr für Uferwege ins Budget gestellt. So hätten bis und mit dem laufenden Jahr bereits 18 Millionen Franken in Uferwege investiert werden sollen, was schlicht und einfach nicht gemacht wurde.

Im Raumplanungsgesetz steht es übrigens schwarz auf weiss. Ich zitiere gerne daraus: «Insbesondere sollen See- und Flussufer freigehal-

ten und öffentlicher Zugang und Begehung erleichtert werden.» Dieser Bestimmung folgend, ist der Seeuferfussweg seit Jahrzehnten im kantonalen Richtplan eingetragen. Die Bevölkerung hat also das Recht auf einen ausgedehnten Seezugang. Deshalb ist die vorliegende KEF-Erklärung das Minimum, was in den folgenden Jahren hinsichtlich Uferwege gemacht werden muss. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass die entsprechenden Planungen nicht bereits erfolgt sind und deshalb erst ab 2019 der volle Betrag gemäss gesetzlicher Vorgabe für die Uferwege verwendet werden kann. Die nächsten Schritte für die Planung der Uferwege, und im Speziellen für die Seeuferwege am Zürichsee, sind deshalb ohne weitere Verzögerungen anzugehen und zügig voranzutreiben.

Die SP-Fraktion stimmt dieser KEF-Erklärung voller Überzeugung zu und fordert den Regierungsrat auf, alle notwendigen Schritte für die Planung und Realisierung der Uferwege unverzüglich einzuleiten.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Im Rahmen des Kompromisses zur Volksinitiative «Zürisee für alle» hat die FDP dem Einstellen des 6-Millionen-Betrags ins Budget im Gesetz zugestimmt. Da jetzt Rechtssicherheit herrscht und das Gesetz vorsieht, dass Beträge, die verpflichtet sind, auch entsprechend in den KEF aufzunehmen sind, wird die FDP dieser KEF-Erklärung zustimmen.

Aber, wir sind nicht unbedingt der Meinung wie Jonas Erni, dass jetzt Volldampf gegeben werden muss. Wir haben lieber gute Projekte als schnelle Projekte, und wir möchten betonen, dass es nicht einfach ein Seeuferweg sein muss, sondern wir haben immer vom Zürichseeweg gesprochen. Diese Präzisierung liegt uns hier doch noch am Herzen. In dem Sinn stimmen wir der KEF-Erklärung zu und haben nichts weiter zu sagen. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Die linke Mehrheit der KEVU fordert, für die Projektierung des Seeuferwegs im laufenden KEF substantielle Nettoinvestitionen einzuplanen. Das ist Unsinn. (*Gelächter.*)

Ich begründe dies wie folgt: Erstens, die gleichen Leute von der Seite der Ratslinken, welche jetzt gelacht haben, haben uns gestern immer wieder erklärt, wir befänden uns nicht in einer Budgetdebatte und fordern jetzt völlig utopisch und rein ideologisch getrieben die Planung von massiven Nettoinvestitionen, welche nur nach gröberen Enteignungen getätigt werden könnten.

Zweites: Das Bundesgericht hat sich in seinem unsäglichem Urteil, welches hier zur Begründung dieser obsoleten Investitionsplanung

angeführt wird, nicht zu den Voraussetzungen für eine Enteignung geäussert. Es wird noch Dekaden und viele Prozesse brauchen, bis geklärt sein wird, wie eine neue, wenn dem so wäre, vom Bundesgericht sanktionierte Enteignungspraxis aussehen sollte, würde doch damit das in unserem Land praktizierte Eigentumsrecht grundlegend verändert.

Drittens: Gleiches gilt für die Enteignung von sogenanntem Konzessionsland, wurde dieses Land den Landbesitzern doch vielmals im Abtausch für Land, welches für den Bau der Seestrasse gebraucht wurde, überschrieben.

Viertens: Derzeit liegt einzig und allein zu einem kleinen und enorm teuren Stück für einen Weg am See in Wädenswil eine rudimentäre Kostenstudie vor. Nichts von Planungs- respektive Projektreife. Dieses Wegstücklein wird somit mit grösster Wahrscheinlichkeit nie und nimmer bis ins Jahr 2019 planungs-, geschweige denn projektreif sein, zumal es in Wädenswil mit 100-prozentiger Sicherheit zu einer Volksabstimmung kommen wird bei Projektkosten von etwa 10 Millionen. Herr Kantonsrat Lais (*Ruedi Lais*) wird dann dazu noch lange eine andere Meinung haben können. Entscheiden wird das Volk und nicht rote Ideologen.

Fünftens: Die Gemeinden sind verpflichtet, eine 20-prozentige Kostenbeteiligung für Wege an den Seen zu leisten. Deshalb wird es in den allermeisten Fällen zu einer Volksabstimmung kommen, und das Volk wird sich gerade in Zeiten knapper Finanzen zweimal überlegen, ob es solchen sicher nicht prioritären Investitionen zustimmen will und eventuell dafür noch weitere Steuererhöhungen in Kauf nehmen will.

Sechstens: Und deshalb ist es absolut egal, ob es sich hier um eine Ausgabenermächtigung oder eine Ausgabeverpflichtung handelt. Diese KEF-Erklärung ist für die Füchse. Lehnen Sie diese grund- und nutzlose, die langfristige Budgetierung verfälschende und ideologisch getriebene KEF-Erklärung ab, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte von der FDP. Ich danke Ihnen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ja Herr Amrein, rechts und links auseinanderzuhalten ist etwas schwierig manchmal. Grundsätzlich haben wir einen gesetzlichen Auftrag. Wir haben den auszuführen. Wir haben den Chef des Tiefbauamtes gefragt, in welchem Tempo er die Projektierung aufschalten kann. Die entsprechenden Beträge stehen hier drin. Das sollte realistisch sein. Wenn die Verwaltung uns sagt,

dass das realistisch sei mit der Projektierung und so weiter, dann dürfen wir das glauben.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Ja, man muss sich fragen, wo es bei Herrn Amrein fehlt. Ich fange mal an: Es fehlt an Respekt. Es fehlt ihm an Respekt vor der Gewaltentrennung, wenn er sich dazu erdreistet, hier Bundesgerichtsurteile als «unsäglich» zu diffamieren. Es steht uns nicht zu, in diesem Rahmen Urteile eines Bundesgerichts zu qualifizieren. Es fehlt ihm an Respekt vor dem Gesetz, denn wie Enteignungen geschehen, das ist gesetzlich geregelt. Da braucht es keine Sonderregelungen, und man muss das auch nicht gut oder schlecht finden. Enteignungsverfahren finden immer gleich statt, ganz egal ob es um Uferwege oder ob es um Strassen oder Eisenbahnen geht. Und es fehlt ihm aber auch an Respekt vor diesem Parlament, das Beschlüsse gefasst hat, die man als Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren hat, auch wenn sie nicht der eigenen Meinung entsprechen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Zu einer vor kurzem gefallenen Äusserung kann ich folgendes sagen: In unserem Bezirk kann man an drei Flüssen spazieren, an der Glatt, an der Töss und am Rhein (*Heiterkeit*). Am Zürichsee kann man nicht spazieren. Ich habe noch nie zum Thema Zürichsee-Uferweg in diesem Rat gesprochen. Ich verstehe die Aufregung des Herrn an der Töss, äh, Amrein nicht.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Herr Brunner, ich denke nicht, dass wenn es einen gesetzlichen Auftrag gibt, man damit gegen die Wand fahren muss oder ins Leere. Und Sie fahren absolut ins Leere, wenn Sie diese Investitionen hier in die Finanzplanung hineinschreiben. Sie verfälschen nur die Finanzplanung. Ich habe Ihnen das vorher erklärt. Denn es wird in diesen Gemeinden nicht dazu kommen ohne eine Volksabstimmung.

Und es nimmt mich Wunder, was der Stadtpräsident von Wädenswil (*Philipp Kutter*), der da hinten ganz ruhig in der Ecke sitzt und darauf hofft, dass die Sitzung bald vorbei ist und er zu seiner Familie und seinen kleinen Kindern gehen kann, dazu meint. Vielleicht habe ich ihn jetzt geweckt. Vielleicht kann er noch was sagen.

Der Souverän hat dazu noch was zu sagen, Herr Schaaf. Wenn er nämlich 20 Prozent bezahlen muss, hat er was zu sagen. Und auch derjenige, der enteignet wird, kann in unserem Land dazu etwas sagen. Und wenn Sie tausende von Leuten enteignen wollen rund um die Seen und die Flüsse – und das werden Sie machen als *Ultima Ratio* –,

dann gibt es ziemlich viele Prozesse, die bis zum Bundesgericht gehen, und dann sind vielleicht diese lieben Herren und Damen im Bundesgericht, die Sie so toll finden – ich manchmal etwas weniger, ich bin auch noch Bürger – auch nicht mehr dort, und es sind andere da. Und wie Sie wissen, entscheiden die Gerichte nicht immer gleich. Auch die Rechtsprechung entwickelt sich. Und ich denke, die Möglichkeit besteht in vier Jahren, dass dieser Seeuferweg in diesem Rat endgültig beerdigt werden kann, wenn zum Beispiel Ihre Partei, Herr Schaaf, hier nicht mehr so zahlreich vertreten ist. Ich danke Ihnen.

Philipp Kutter (CVP, Wädenswil): Wenn ich da schon direkt geweckt werde, dann fordert mich das schon heraus.

Es ist eine Frage für sich, ob man hätte planen können, als das Gesetz noch vor Bundesgericht hängig war. Aber diese Frage hat sich nun erledigt. Das Bundesgericht hat gesprochen und kürzlich ist auch der Bescheid ergangen, dass das fragliche Gesetz nun in Kraft gesetzt wird. Damit kann nun mit der Planung gestartet werden, namentlich mit dem Abschnitt am Zürichsee in Wädenswil. Und es ist so, es braucht seine Zeit. In einem Punkt kann ich Herrn Kollege Amrein beruhigen: Es sind dort keine Enteignungen nötig. Das heisst, diese kostspieligen Gerichtsverfahren, die Sie ansprechen, die werden dort nicht nötig sein.

Es ist aber ein relativ teurer Abschnitt, das muss man auch sehen, und es wird sicher nötig sein, dass die Stimmbevölkerung von Wädenswil über ihren Beitrag an der Urne wird abstimmen müssen. Wenn ich mich in der Gemeinde umhöre, bin ich aber recht zuversichtlich, dass man eine zustimmende Haltung haben wird. Also, wir werden Ja sagen zu diesem Kostenbeitrag. Da bin ich zuversichtlich. In welchem Jahr das genau sein wird, vermag ich nicht vorauszusagen. Aber sicher ist es sinnvoll so wie von der KEVU vorgeschlagen, nicht den vollen Betrag von Anfang an einzustellen, denn jetzt brauchen die kantonale Verwaltung und die Verwaltung von Wädenswil sicher noch einige Zeit, um das Projekt genau zu definieren. In diesem Sinn sagen Sie bitte Ja zur KEF-Erklärung der KEVU, und lassen Sie uns nach Hause gehen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben noch mehr Seeanwohner. Michael Welz hat das Wort.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Ich bin nicht Seeanwohner – es bräuchte schon fast eine Sintflut bis ich für den Seeuferweg enteignet

würde. Ich möchte aber noch etwas anderes sagen: Ich war diese Person in der Kommission, die diesen Antrag abgelehnt hat. Es ist aber so, dass im Gesetz jährlich 6 Millionen Franken vorgesehen sind, welche für den Seeuferweg eingesetzt werden. Wenn wir diesen KEF-Antrag nicht unterstützen, geben wir also mehr Geld aus, als wenn wir diesen Antrag unterstützen. In diesem Sinn werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir sind uns ganz klar bewusst, und das ist auch unsere Haltung, wenn wir ein Sanierungsprogramm haben, wie es jetzt auf uns zukommt, dann müssen wir wirklich überdenken, wo wir noch Geld ausgeben. Was ist notwendig, was braucht es für die Zürcher Bevölkerung? Und wir sind überzeugt, dass gerade beim Seeuferweg ein Sparpotenzial vorhanden ist, das der Zürcher Bevölkerung nicht wehtut.

Regierungsrat Markus Kägi: Ich möchte nur noch erwähnen, dass im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 auch die Investitionen überprüft werden sollen, und deshalb schlage ich Ihnen vor, hier keine Vorentscheide zu fällen. Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Erklärung nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 33 mit 109 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

34

BD, Leistungsgruppen 8400, Tiefbauamt, und 8500, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Leistungsüberprüfung 2016

Antrag der Finanzkommission:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird jährlich um insgesamt 50 Mio. Franken verbessert (40 Mio. Franken LG 8400; 10 Mio. Franken LG 8500).

	R14	R15	R16	R17	R18	R19
Alt 8400:	-285.5	-294.6	-293.5	-295.3	-302.2	-301.9
Alt 8500:	-92.0	-96.2	-90.3	-93.2	-94.0	-94.7
Neu 8400:	-285.5	-294.6	-293.5	-255.3	-262.2	-261.9
Neu 8500:	-92.0	-96.2	-90.3	-83.2	-84.0	-84.7

Beatrix Frey (FDP, Meilen), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Die KEF-Erklärung 34 ist die letzte im Paket der KEF-Erklärungen der FIKO zur Leistungsüberprüfung 2016. Ich nehme die Kritik entgegen, dass diese KEF-Erklärung unvollständig ist, weil ein entsprechender Folgeantrag im Strassenfonds fehlt. Sie können sich natürlich jetzt episch über diesen Schönheitsfehler auslassen, oder Sie können den Fokus darauf richten, worum es der FIKO mit diesem und den anderen Anträgen geht, nämlich die Bekräftigung des gesetzlichen Auftrags der Regierung gemäss Paragraph 4 Absatz 2 CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), die zeitliche Einordnung der erforderlichen Saldoverbesserung, um den Auftrag fristgerecht erfüllen zu können, sowie die Aufforderung an die Regierung, in diesem Prozess von Anfang an alle Direktionen und alle Leistungsgruppen miteinzubeziehen, also auch die Baudirektion.

Der stellvertretende Finanzdirektor Mario Fehr hat gestern durchblicken lassen, dass die Regierung in der Zwischenzeit zum selben Schluss gelangt ist und die Analyse auf weitere Leistungsgruppen ausgedehnt hat. Vor diesem Hintergrund überrascht es uns schon ein wenig, dass die Regierung nicht bereit ist, die KEF-Erklärungen entgegenzunehmen, wo wir doch ihres Erachtens Wasser in den Rhein tragen. Ein Vorwurf, mit dem wir sehr gut leben können, wenn es denn so ist.

Die Differenzen hinsichtlich der Staffelung der zeitlichen Umsetzung hätten sich im Vorfeld ohne weiteres klären lassen. Es ist nicht so, wie gestern behauptet wurde, dass die FIKO der Regierung keine Gelegenheit zur Stellungnahme geboten hat. Die FIKO hat die Regierung am 10. Dezember 2015 via Finanzdirektion zur Stellungnahme bis Mitte Januar eingeladen. Die Finanzdirektion hat bestätigt, dass sie diese Einladung an die Staatskanzlei weitergeleitet hat. Die FIKO hat bis Mitte Januar keine Stellungnahme erhalten und noch nicht einmal eine Bestätigung, dass die Regierung auf eine Stellungnahme verzichtet.

Nun, wir machen uns keine Illusionen. Die linke Ratsseite wird auch heute wortgewaltig darlegen, dass diese FIKO-Erklärungen unnötig und was weiss ich noch sind, dass die Ziele der Regierung hirnrissig und nicht umsetzbar sind. Und Sie werden uns auch heute die Antwort auf die zentrale Frage schuldig bleiben, ob Sie denn zur gesetzlich verankerten Ausgabenbremse stehen oder wenigstens zu den entsprechenden Saldoverbesserungen.

Umso bemerkenswerter ist es, dass die linke Ratsseite findet, die FIKO gefährde mit ihrem klaren Bekenntnis zu diesem gesetzlichen

Auftrag das Ansehen dieses Rats. Es zeigt sich halt auch hier, dass die Wahrheit oftmals schwieriger zu ertragen ist als manche Beleidigung. Im Namen der FIKO-Mehrheit bitte ich Sie, auch dieser KEF-Erklärung zuzustimmen und ein klares Bekenntnis abzugeben. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Die KEVU hat sich mit dieser KEF-Erklärung der FIKO ebenfalls ausführlich auseinandergesetzt, nämlich an zwei Sitzungen. Auch bei dieser KEF-Erklärung der FIKO hatten wir den Eindruck, dass die entsprechende Sorgfalt innerhalb der FIKO nicht walten gelassen wurde. Auch wenn die FIKO-Präsidentin das jetzt anders darlegt: Als wir den zuständigen Regierungsrat zu uns eingeladen haben, wurde von ihm moniert, dass er eben genau diese Gelegenheit in der FIKO nicht gehabt habe und nicht darlegen konnte, was das für Konsequenzen hat.

Uns war nach der ersten KEVU-Sitzung wiederum nicht klar, was jetzt die FIKO hier eigentlich will, denn man konnte in diesem Fall nicht einmal mehr die Seite 17 (*KEF, S. 17, Ausblick: Leistungsüberprüfung 2016*) hinzuziehen, um aufzuzeigen, wie man auf diesen Antrag kommt. Wir haben deshalb die FIKO-Präsidentin in die KEVU eingeladen, die uns erläutern konnte, wieso man jetzt genau bei diesen beiden Leistungsgruppen den Antrag gestellt hat. Bei dieser KEF-Erklärung kann man im Gegensatz zu den anderen zehn der FIKO weder vorwerfen, dass sie plagiiert hat, noch dass sie fantasielos gewesen ist. Denn sie hat eben nicht von der Seite 17 abgeschrieben.

Die FIKO-Präsidentin hat uns dargelegt, dass die FIKO festgestellt habe, dass die Baudirektion nicht von dieser Leistungsüberprüfung betroffen sei, und deshalb haben sie dann zwei Leistungsgruppen genommen und wollte den Saldo verbessern, in der Leistungsgruppe 8400 um 40 Millionen und in der Leistungsgruppe 8500 um 10 Millionen. Was das bedeutet, darauf komme ich noch im Detail zu sprechen.

Bei den anderen zehn Anträgen der FIKO könnte man ja, wenn man gutmütig gewesen wäre, immerhin sagen, eigentlich ist sie nicht wirklich selber daran schuld, sondern das hat sich die Regierung selber eingebrockt. Sie war es ja, die die Seite 17 geschrieben hat. Bei dieser KEF-Erklärung geht das wie gesagt nicht, die hat sich die FIKO ganz selber eingebrockt. Die KEF-Erklärung ist nämlich nicht umsetzbar, da sie technisch falsch ist. Und nein, es stört mich eigentlich nicht einmal der fehlende Folgeantrag im Strassenfonds.

Die Fehler, die mich tatsächlich stören, sind meines Erachtens wesentlich schwerwiegender und gravierender. Wir mussten leider in der

KEVU feststellen, dass die FIKO die grundlegenden Finanzierungsmechanismen in der Leistungsgruppe 8400, Tiefbauamt, nicht kennt und in ihrem KEF-Antrag ein ziemliches «Gnusch» zwischen Aufwand und Saldo gemacht hat. Ich empfehle Ihnen die Seite 259 des KEF anzuschauen. Das ist die Leistungsgruppe 8400, und dort werden Sie feststellen, dass ein Ertrag vermerkt ist und ein Aufwand, der genau diesem entspricht, und dass der Saldo 0 Franken ist. Wenn Sie nun die KEF-Erklärung der FIKO anschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Beträge bei der Leistungsgruppe 8400 dem Aufwand entsprechen – nicht dem Saldo, denn der Saldo wäre null. Es ist nämlich so, dass im Tiefbauamt der Aufwand über den Strassenfonds gedeckt wird. Das heisst, wenn der Aufwand reduziert wird, wird einfach die Entnahme aus dem Strassenfonds reduziert und der Saldo bleibt null. Entsprechend gibt es auch keine Saldoverbesserung.

Eigentlich hätte ich erwartet, dass die FIKO diesen Finanzierungsmechanismus kennt, da er doch recht grundlegend ist. Dass dann die FIKO hier eine Sparvorlage in der Leistungsgruppe macht, welche dann gar keine Saldoverbesserung zur Folge hat – bis jetzt habe zumindest ich verstanden, dass die Saldoverbesserung das Ziel wäre und eben dann dieses postulierte Ziel gar nicht erreicht wird mit diesem Antrag –, erscheint mir dann doch am Schluss ziemlich sinnlos und auch nicht wahnsinnig zielführend.

Was wäre aber die Konsequenz der Reduktion des Aufwandes? Es würde weniger an Strassen gebaut. Aber der Saldo bleibt gleich.

Nun zur Leistungsgruppe 8500, dem AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*). Dort empfehle ich Ihnen die Seite 262 des KEF anzuschauen. Dort sehen Sie dann, dass die Zeilen, die genau gleich aussehen in der KEF-Erklärung den Saldo betreffen. Hier geht es also um Saldoreduktionen. Und mit den Saldoreduktionen sind dann halt in der Regel doch Aufwandreduktionen verbunden. Und beim AWEL – und das ist übrigens auch beim Tiefbauamt der Fall – würde das Aufwandreduktionen für sämtliche Planjahre bedeuten. Denn diese beiden Leistungsgruppen hatten kein wahnsinniges Aufwandwachstum. Deshalb sind sie auch nicht auf der Seite 17 erschienen. Es schien uns dann, dass sie eher ziemlich zufällig gewählt wurden.

Beim AWEL muss man sagen, dass es bereits im Sanierungsprogramm 04 ziemlich bluten musste. Seither ist der Stellenplan praktisch unverändert. Wenn man dann den Aufwand anschaut, sieht man, dass die Hälfte des Aufwandes des AWEL Kapitalfolgekosten sind. Und diese können kurzfristig gar nicht beeinflusst werden.

Hier noch ein kleines Gedankenspiel: Wenn Sie also wirklich bei diesen beiden Leistungsgruppen eine Saldoverbesserung von 50 Millio-

nen machen möchten, dann müssten Sie sämtliche, über die Kapitalfolgekosten hinausgehenden Ausgaben des AWEL streichen. Denn Sie können ja keine Saldoverbesserungen in der Leistungsgruppe 8400 machen, also müssten Sie alles beim AWEL einsparen. Die Kapitalfolgekosten werden Sie nicht mehr los und im restlichen AWEL hat es dann genau noch 47 Millionen.

Aber wenn wir einfach bei den 10 Millionen bleiben, die die FIKO beim AWEL kürzen möchte, dann bedeutet das immer noch fast eine Reduktion um einen Viertel bis einen Fünftel des restlichen Saldodefizits. Real müsste aber für eine Saldoverbesserung von 10 Millionen klar mehr als 10 Millionen beim Aufwand gekürzt werden, denn beim AWEL ist es so, dass viele Leistungen ganz oder teilweise kostendeckend sind. Streichen Sie diese Leistungen, streichen Sie auch die damit verbundenen Erträge. Das heisst, der Antrag hätte also eine unverhältnismässig grosse Härte beim AWEL zur Folge und hätte nachteilige Auswirkungen auf Güter wie sauberes Trinkwasser, altlastenfreie Böden, badetaugliche Gewässer oder funktionierende Ver- und Entsorgungsanlagen. Deshalb empfiehlt Ihnen eine Mehrheit der KEVU mit einem Stimmenverhältnis von 8 zu 7 diese Erklärung der FIKO abzulehnen.

Christian Lucek (SVP, Dänikon): Ich habe erwartet, dass wieder auf die FIKO eingepöbeln wird bei diesem Sparantrag oder Leistungsüberprüfungs-Antrag. Es ist aber meiner Ansicht nach nichts als konsequent von der FIKO, wenn sie die Leistungsüberprüfung auf sämtliche Direktionen ausdehnt und daher auch die Baudirektion einschliesst. Selbstverständlich gibt es auch in einer hervorragend, von einem SVP-Regierungsrat geführten Direktion mögliches Sparpotenzial, um zum mittelfristigen Ausgleich beizutragen. Ob es nun genau nach den Ideen der FIKO stattfindet, ob es nun genau in diesen Leistungsgruppen stattfinden kann, das sei im Moment dahingestellt. Ich erinnere einfach nur an die Schwierigkeiten beim Strassenfonds. Das ist vielleicht wirklich ein Thema, das man durchaus einmal thematisieren muss, die Problematik der Finanzierung des Strassenfonds und des Saldos, die Sie angetönt haben.

Das Ziel ist aber vorgegeben. Die Leistungsgruppe mag offen sein. Wenn ich jedoch mit Blick auf das Tiefbauamt an gewisse Luxusbauten denke, sei das im Zürcher Oberland, seien das Luxushaltestellen auf dem Land, so denke ich, gibt es Fleisch am Knochen. Wenn ich ans AWEL denke, wo wir nach der Vorsorge für das Jahrhunderthochwasser nun mittlerweile bei den dreihundertjährigen Hochwas-

sern angelangt sind, dann gibt es Sparpotenzial. Und deshalb möchten wir diesen KEF-Antrag überweisen. Danke.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Et ceterum censeo, pars pro toto respectandum esse. Oder um es ganz einfach zu sagen: Diese KEF-Erklärung gehört zur Leistungsüberprüfung und soll deshalb im gesamten Paket betrachtet werden. Und grundsätzlich ist zu erwähnen, dass bei einer Leistungsüberprüfung durchaus auch gespart werden darf. Besten Dank.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Unsere Kommissionspräsidentin hat von der sozialdemokratischen Seele die pädagogische Seite bestens abgedeckt und erklärt, wie die Finanzierung des Tiefbauamtes funktioniert und was passiert, wenn das tatsächlich gemacht wird, was hier gefordert wird, dass man einfach ein bisschen Geld im Strassenfonds auf die hohe Kante legt. Niemand hat bis jetzt gefordert, dass der Strassenfonds geplündert werden soll zugunsten der allgemeinen Staatsrechnung und wie das dann nach dem Gesetz funktionieren sollte.

Nun liegt es an mir, auch ein bisschen die empathische Seite der Sozialdemokratie auszuspielen. Mir tut es ja schon sehr leid, dass man hier beim Copy-and-Pasten eine Begründung gepastet hat, die es beim Kopieren auf der berühmten Seite 17 gar nicht gegeben hat. Da hat man den Bezug zu dieser Seite 17 einfach weiter gepastet, auch wenn das Tiefbauamt gar nicht erwähnt worden ist. Und dass der Gegenposten fehlt, das zeigt ja auch, wie traurig hier gearbeitet wurde. Es tut mir wirklich leid, das sagen zu müssen. Dass man bei einem Saldo null keine Saldoverbesserung machen kann, wenn er immer gesetzlich null sein muss, ist ja an sich auch relativ einfach zu verstehen.

Der Strassenfonds hat im Moment rund 900 Millionen Franken. Es gäbe dann jedes Jahr nochmals 40 Millionen dazu. Wir hätten schon Ideen, was man daraus finanzieren könnte. Man könnte vielleicht sogar die Staatsrechnung entlasten. Ich zweifle aber, ob es dafür eine Mehrheit gibt.

Und noch zum Schluss, wenn Frau Frey da sehr generell wird, dann gestatte ich mir eine empathische Aussage an den Herrn Baudirektor. Es kommt mir fast so vor, wie wenn der Folterknecht sagt, ich foltere dich gar nicht, ich helfe dir nur beim Sprechen. So kommt es mir vor beim Baudirektor. Sie helfen, indem Sie ihn ärgern, aber ich bin mir sehr sicher – ich kenne ihn nicht anders –, der Herr Baudirektor hat ein dickes Fell und kann das auch mit Humor nehmen, was da sehr humoristisch in dieser KEF-Erklärung 34 zu Papier gebracht wurde.

Wir werden diese lustige KEF-Erklärung selbstverständlich nicht überweisen.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Dies ist die zweite FIKO-KEF-Erklärung, die die Grünliberalen nicht unterstützen werden. Erstens lässt sie sich nicht mit der üblichen Begründung der FIKO erklären, dass die KEF-Erklärungen nur Leistungsüberprüfungen des Regierungsrates abbilden. Zweitens ist sie technisch falsch, wie die KEVU-Präsidentin ausführlich erklärt hat. Auch wenn die FIKO-Präsidentin nun feststellt, dass man irgendwie mit einem Folgeantrag hätte operieren sollen, ändert sich an der grundsätzlichen Fehlüberlegung nichts.

Drittens haben die FIKO und offenbar auch Christian Lucek nicht gemerkt, dass Gleiches eben nicht gleich ist. Das heisst, eine Kürzung von 50 Millionen bei einem Saldo von 250 Millionen ist eben nicht dasselbe wie bei einem Saldo von 2500 Millionen. Bei der Baudirektion bedeuten diese 50 Millionen Franken ein Sparauftrag von fast 20 Prozent des Gesamtsaldos. Dies zudem in einer, ich zitiere, «von einem SVP-Regierungsrat hervorragend geführten Direktion», die in den letzten Jahren keine Kostensteigerung aufgewiesen hat.

Ich wiederhole mich und stelle fest, dass die Grünliberalen für sinnvolle Sparaufträge und eine glaubwürdige Politik stehen und diese KEF-Erklärung nicht dazu gehört.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Ja, «weisser als weiss» das kenne wir aus der Waschmittelwerbung und «nuller als null» das bleibt jetzt das Geheimnis der FIKO. Wir brauchen deshalb über die Leistungsgruppe 8400 nicht weiter zu diskutieren. Einfach das, Herr Regierungsrat: Sie müssen sich schon zu gewärtigen haben, dass dieser Kürzungsantrag von 40 Millionen dann beim Budget kommt. Und da hatte die FIKO natürlich eine gute Nase. Da braucht es keine Änderung der gesetzlichen Grundlagen. Das können sie in reiner Willkür dann auch machen. Ich habe mich beim Budget dazu ausgelassen, ich möchte mich da nicht wiederholen.

Nun, beim AWEL sieht es etwas anders aus. Es werden ja die Kostentreiber beziehungsweise die Leistungsgruppen angeschaut, die ein enormes Aufwandwachstum hatten. Beim AWEL ist es so, Abschreibungen und Zinsen kann man abzählen, und dann muss man noch schauen, was man wirklich beeinflussen kann, also Ertrag und Aufwand verrechnen. Und dann kommen wir auf einen beeinflussbaren Saldo. Im Jahr 2002 war er 42 Millionen und im Planjahr 2017 soll er 44 Millionen sein, und wenn Sie das nachrechnen, dann kommen Sie ziemlich genau auf die Teuerung von etwas zwischen 5 bis 6 Prozent.

Ich kann ja die Teuerung der nächsten Jahre nicht vorhersagen. Aber es wird etwa in dem Rahmen sein. Das AWEL ist ganz bestimmt kein Kostentreiber.

Wenn Sie jetzt gesagt hätten, ja, 1 oder 2 Prozent einsparen, das kann man in jedem Budget, da gebe ich Ihnen recht. Aber Sie wollen da 25 Prozent des beeinflussbaren Volumens wegsparen, und da haben wir auch übergeordnete Gesetzgebungen. Wir haben heute Morgen vernommen, dass Elisabeth Pflugshaupt neu FIKO-Referentin in der KEVU ist. Ich lade dich herzlich ein, dann beim Ämterbesuch beim AWEL mitzukommen. Man kann dort die Fragen im Voraus einspeisen. Man kann Themen wählen und so weiter und so fort. Wir sitzen dann zusammen. Du bist gerne eingeladen, dich wirklich auch zu vertiefen. Ich denke schon, dass man da etwas beeinflussen kann. Ich denke, die WAK berät im Moment das Wassergesetz, also den Gebührenteil. Wenn Sie da den Antrag stellen, dass alles nur noch auf Vollkostenbasis abgerechnet wird, dann kommt schön was rein. Und so weiter und so fort. Ich denke aber auch, bei den Gebühren, beim betrieblichen Umweltschutz. Zwei Personen, einen halben Tag, 6000 Franken. Ich glaube, das lässt sich nicht mehr erhöhen. Aber etwas machen kann man sicher im Budget.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Dieser Antrag gehört zum FIKO-Paket der KEF-Erklärungen 5 bis 13 von gestern, die einfach generelle Leistungskürzungen auf irgendwelchen Budgetposten fordern, ohne überhaupt darüber nachzudenken. Auch der letzte dieser Anträge liefert wieder aufs Neue den Beweis, wie wenig die FIKO bei diesen Anträgen überlegt hat. Dieser KEF-Antrag redet von einer Reduktion des Saldos – wie vorher bereits erwähnt –, doch fällt jedem bei der Betrachtung der Leistungsgruppe 8400 auf, dass der Saldo per Definition bereits null beträgt. In Wirklichkeit ist es ein Antrag auf Reduzierung des Aufwands.

Auch diesem Antrag fehlt wie seinen Vorgängern jegliche sachliche Grundlage. Darauf gehe ich an dieser Stelle nicht weiter ein. Meine Vorredner haben dies schon zur Genüge getan. Allgemein gilt zu sagen, wenn zu viel Geld ausgegeben wird, ist die Antwort, einfach überall einmal wahllos zu sparen. Vielleicht ist das in der Primarschule noch eine richtige Antwort, aber im Kantonsrat ist dies einfach nur noch ein billiges «Sich-aus-der-Verantwortung-stehlen», da man selbst nicht genau weiss, wo man jetzt sparen will.

Abschliessend darf man hier vielleicht auch noch die freche Frage stellen, die ich mir jetzt erlaube, ob die FIKO vielleicht das Wort

«KEF» nicht mit «Kiff» verwechselt hat. Ich möchte mich aber mit dieser Bemerkung gleich noch bei allen Kiffen entschuldigen, denn mit solchen kann man sicher Diskussionen auf höherem Niveau führen, als die KEF-Erklärungen besitzen. Die Alternative Liste wird diese KEF-Erklärung selbstverständlich ablehnen.

Martin Sarbach (SP, Zürich): Die FIKO-Präsidentin hat sich zu Beginn dieses Antrages geäußert, also äussere ich mich hier auch noch als Teil der FIKO-Minderheit.

Und zwar geht es vor allem um einen Punkt, der von Frau Frey erwähnt worden ist, der so einfach nicht stimmt. Ich muss es hier drin sagen. Es ist gesagt worden, es sei gestern wahrheitswidrig behauptet worden, der Regierungsrat hätte sich nicht äussern können. Es stimmt, am 10. Dezember wurde ihm das mitgeteilt. Das Problem war nur, am 10. Dezember hatten wir vorgängig am Morgen dieses etwas unselige Bündel halt bereits verabschiedet. Und dass der Regierungsrat im Nachhinein noch Stellung nehmen sollte, ist nicht gesetzlich vorgesehen. Ich habe Ihnen das gestern gesagt, das widerspricht Paragraph 51 des Kantonsratsgesetzes und macht vor allem auch inhaltlich wenig Sinn, und so können Sie jedenfalls Ihrem eigenen Regierungsrat wohl keinen Vorwurf machen, dass er sich nicht mehr vernehmen lässt, nachdem wir die Anträge bereits verabschiedet haben.

Ich bin da in dem Büchlein (*KR-Nr. 1/2016*) insofern nicht erwähnt, als ich mich der Stimme enthalten habe. Es war 8 zu 2 bei 1 Enthaltung. Ich habe mich enthalten, weil ich schon in dieser Sitzung dagegen protestiert habe, wie hier vorgegangen wird. Und wir sehen hier das Resultat. Wir haben es gestern den ganzen Tag gesehen. So geht es halt einfach nicht. Immerhin ist es schön, dass heute auch bürgerliche Vertreter des Regierungsrates anwesend sind. Sie können Ihnen vielleicht dann gerade noch sagen, wie sehr sie es «als den Rücken stärken» empfinden. Danke.

Regierungsrat Markus Kägi: Ich muss Ihnen gestehen, es gibt wenige KEF-Erklärungen, die meinen Puls erhöhen, aber bei dieser KEF-Erklärung ist er effektiv gestiegen. Sie können die Rechnung der Baudirektion über die letzten sieben Jahr anschauen, sie ist in etwa immer gleich. Sie können den Personalbestand der Baudirektion überprüfen. Er ist in den letzten sieben Jahren in etwa gleich. Und es könnte ja sein, dass dies beim ersten Durchgang der Regierung auch gewertet worden ist und die Baudirektion deshalb noch keine Federn lassen musste. Und Herr Schucan, selbstverständlich wird sich die Baudirektion nicht scheuen, bei einer Leistungsüberprüfung auch Ideen einzu-

bringen. Ich habe heute Mittag dem Finanzdirektor ein entsprechendes Papier zustellen lassen. Das einfach für den Eingang.

Jetzt haben Sie einen Budgetkredit, also den Übertrag aus dem Strassenfonds, postuliert. Es geht um 225,7 Millionen Franken über alle drei Planjahre. Eine Kürzung von 40 Millionen Franken, meine Damen und Herren, entspricht 17,7 Prozent des Budgetkredites. Und jetzt kommt noch etwas dazu, was man auch wissen muss: Wir haben im Jahr 74 bis 82 Millionen Franken nur an Abschreibungen. Das ist ein buchhalterischer Vorgang. Da fliesst kein einziger Franken. Und wenn man das anschaut, dann würde dies eine bedeutende Leistungsreduktion mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft und die Bevölkerung des Kantons Zürich haben. Ich muss Ihnen sagen, das Tiefbauamt könnte unter dieser Prämisse den Auftrag nicht mehr erfüllen. Ich bitte Sie dann, im Winter selbst einen Besen oder Salz in die Hand zu nehmen, wenn die Strassen dann vereist sind.

Der Strassenfonds, meine Damen und Herren, ist zweckgebunden, und Ende 2016 stehen dort 1 Milliarde Franken zur Verfügung. Und das äufnen Sie und ich, weil wir ja ein Auto haben – nicht alle, ich weiss, aber ich spreche jetzt zu dieser Seite (*der rechten Ratsseite*). Wir bezahlen das mit den Verkehrsabgaben in diesen Fonds, und dieser Fonds ist zweckgebunden. Und wenn Sie das postulieren, was Sie hier drin machen, dann erwarte ich eigentlich von Ihnen, eine Motion mit dem Inhalt, die Verkehrsabgaben zu reduzieren, weil es keinen Sinn macht, 1 Milliarde auf die hohe Kante zu legen. Man muss aber auch wissen, dass diese Milliarde Abschreibungen von rund 500 Millionen Franken gegenüberstehen. Einfach damit die Gedanken nicht zu weit abschweifen.

Nun zum AWEL: Auch hier, wenn man das umrechnet, haben wir eine Reduktion von 21 Prozent. Das ist ein Fünftel. Und ich bin dann gespannt, was Sie mir dann als Auftrag geben, was ich noch für Arbeiten in Auftrag geben soll, um die Aufgaben, die gesetzlich vorgeschrieben sind, zu machen.

Nochmals: Auch die Baudirektion muss ihren Teil bei der Leistungsüberprüfung leisten, da habe ich kein Problem, aber solche Vorstösse nützen nichts, und sie helfen überhaupt nicht, weder dem Baudirektor noch dem Finanzdirektor und der gesamten Regierung.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 34 mit 88 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BD, Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Zentraler Einkauf von Strom

Antrag der Kommission für Planung und Bau:

Es ist ein neuer Leistungsindikator zu schaffen: Anteil zentral beschaffter Strom. Zielgrösse 100% ab P18.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der KPB: Wir sind bei der Leistungsgruppe 8700, wir sind also bald fertig.

Grossbezüger mit einem Jahresverbrauch von mehr als 100 Megawattstunden Strom pro Verkaufsstelle, können den Stromanbieter frei wählen. Die Baudirektion hat für die Grossbezüger der kantonalen Verwaltung mit dem EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) einen Rahmenvertrag bis Ende 2016 abgeschlossen. In seiner Rolle als Chefeinkäufer hat das Immobilienamt die Vorarbeiten zur öffentlichen Ausschreibung des Bezugs von elektrischer Energie für die kantonale Verwaltung, die Anstalten und Betriebe für 2017 aufgenommen. Dabei werden auch die grössten Strombezüger, die Universität Zürich sowie das Universitätsspital Zürich, eingeladen, sich einer neuen Rahmenvereinbarung anzuschliessen. Im Fall einer Einführung eines umfassenden Mietermodells würden die Voraussetzungen für die Zentralisierung noch günstiger.

Die Minderheit lehnt den KEF-Antrag ab. Zum jetzigen Zeitpunkt hat das Immobilienamt keine Kenntnis über die total bezogene Strommenge von Klein- und Grossbezügern und kann deshalb auch keinen Anteil des zentral beschafften Stroms ausweisen. Zudem ist das neue Immobilienmanagement noch nicht erfolgt. Für die Einführung des Indikators ist die Zeit noch nicht reif.

Die Mehrheit möchte den auch von der Baudirektion als sinnvoll bezeichneten KEF-Antrag überweisen. Dieser Weg ist einzuschlagen. Nichts hindert den Kantonsrat daran, mit diesem KEF-Antrag den Wegweiser zu setzen. Wenn die Regierung dann ein wenig länger für die Umsetzung über alle Anstalten und Direktionen braucht, so werden wir ein Auge zudrücken. Sie soll sich aber daran machen, den Auftrag umzusetzen, und zwar erst einmal mit denjenigen Akteuren, bei denen es heute schon geht. Andere können ja dann auch später folgen.

Ich beantrage Ihnen, diesen Kommissionsantrag der KPB zu überweisen.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren): Ich spreche gleich zu 35 und 36: Mit der Annahme des neuen Immobilienmanagements mit dem Mietermodell haben wir die Basis geschaffen, eine einheitliche und zentrale Führung der Themen Bauen und Unterhalt der Immobilien zu führen. Darunter fällt auch der Einkauf von Energieträgern für unsere Immobilien und weitere Bereiche.

Wir unterstützen diesen Vorstoss mit der Meinung, dass mit einem gesamtheitlichen Einkauf bessere Konditionen erreicht werden. Dabei denken wir nicht nur an die direkten finanziellen Auswirkungen. Wir sind überzeugt, dass auch in den Bereichen Organisation und Abläufe Sparpotenzial und Synergien generiert werden können. Danke.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Auch ich spreche gleich zu beiden Erklärungen 35 und 36. Zentralisierung entspricht generell nicht den Vorstellungen der FDP. Erfahrungsgemäss führt eine Zentralisierung zu mehr Verwaltungsstellen und einer weiter aufgeblähten Verwaltung. Dies gilt es zu verhindern.

Die Kosten, die durch die zentrale Beschaffung eventuell eingespart werden können, würden durch die höheren Verwaltungskosten wohl gleich wieder kompensiert. Insbesondere für die zentrale Beschaffung von Brennstoff würde sicher eine zusätzliche Stelle geschaffen. Denn um sich in diesem speziellen Geschäft geschickt bewegen zu können, braucht es entsprechende Kenntnisse, damit man einen Preisvorteil herausholt. Ebenso braucht es dort Erfahrung in der Disposition. Kosten können hier vor allem eingespart werden, wenn ganze Tankzüge an einem Ort abgeladen werden können. Dazu müsste die Verwaltung stets auf dem Laufenden sein, welche Liegenschaften gerade welche Füllstand haben, um bei guten Preisen entsprechend einkaufen und verteilen zu können. Ich denke, das kann vor Ort wesentlich effizienter organisiert werden, und dabei können gleich noch örtliche Lieferanten berücksichtigt werden, damit die Transportwege ökologisch sinnvoll kurz sind.

Auch bei der elektrischen Energie kann es durchaus sinnvoll sein, wenn verschiedene Anbieter berücksichtigt werden können, um sich nicht in zu grosse Abhängigkeiten zu begeben.

Zu guter Letzt ist auch der Zeitpunkt für eine solche Neuregelung ungünstig, da das neue Immobilienmanagement noch nicht umgesetzt ist. Aus diesen Gründen lehnen wir diese beiden Anträge ab.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Als Mittepartei werden wir uns jetzt genau in der Mitte dieser bereits gehörten Voten einmitten.

Die erste KEF-Erklärung zu Elektrizität werden wir annehmen, da wir da auch davon ausgehen, dass das mit einem zentralen Vertrag und der Infrastruktur für die Stromlieferung, die ja sowieso besteht, eine preisgünstige und sinnvolle Lösung ist.

Bei den Brennstoffen sehen wir es gleich, wie wir es bereits von meinem Vorredner von der FDP gehört haben. Dort ist es vermutlich eben sinnvoller, wenn das dezentral gelöst wird, dort wo eben auch die Lager sind. Ganz sicher nicht sinnvoll ist es, ein zentrales Heizöllager im Kanton Zürich aufzubauen, um dann von dort zu verteilen.

Was wir auch grundsätzlich wünschen, ist dass das Heizöl nicht zentral eingekauft wird, sondern dass wir mittelfristig sowieso darauf verzichten können.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Mit dem Beschaffungswesen konnten und durften wir uns in den letzten Jahren einige Male befassen. Ich selber durfte mich in der gemeinsamen Subkommission der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) und der FIKO mit dem Beschaffungswesen auseinandersetzen. Wir haben dort festgestellt, dass es gerade im Beschaffungswesen einiges Potenzial gibt, um sich zu verbessern. Die Berichte der Finanzkontrolle haben uns dieses Verbesserungspotenzial in einer deutlichen Sprache ebenfalls bestätigt.

Der Grünen Fraktion ist es wichtig, dass man mit unseren Ressourcen haushälterisch umgeht. Gerade beim Einkauf oder der Beschaffung kann bei gleicher Leistung wirklich Geld gespart werden. Die Mehrheit der KPB unterstützt den Antrag der Grünen, einen neuen Leistungsindikator zu schaffen, der den zentralen Beschaffungsstrom erhöhen will, mit der Zielgrösse irgendwann 100 Prozent zentral einzukaufen. Zum einen kann der zentral beschaffte Strom für einen Grosskunden in der Regel günstiger sein, und zum anderen gewähren gewisse Stromanbieter auch Rabatte für nachgewiesene Stromeffizienz. Der kurzen Rede Sinn: Es macht Sinn, diesen Indikator einzuführen, denn es macht Sinn hier Geld zu sparen, und dies Grüne Fraktion unterstützt diesen Antrag.

Da meine Vorredner ebenfalls zu beiden Anträgen 35 und 36 gesprochen haben, mache ich das ebenfalls: Der zentrale Einkauf beim Brennstoff macht auch Sinn. Es heisst ja nicht, dass wir jetzt zentral ein neues Lager aufbauen müssen. Lager hat es in Rümlang und überall bereits genug, aber es macht auch hier Sinn, koordiniert zusammen einzukaufen. Gerade mit dem neuen Mietermodell ist es ja gut, wenn man zentral einkaufen kann. Es sollte zunehmend zentral eingekauft werden und irgendwann, Herr Kägi, zu 100 Prozent. Wir unterstützen auch diesen Antrag aus Überzeugung.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Die Anträge 35 und 36 verlangen, dass Strom und Brennstoffe in Zukunft an einer zentralen Stelle beschafft werden. Da die beiden Anträge in ihrer Forderung sehr ähnlich sind, werde ich sie gleich gemeinsam behandeln. Ich bin sicher, Sie sind mir nicht böse.

Ein zentraler Einkauf kann in gewissen Fällen lukrativ sein, falls sich dadurch tatsächlich günstigere Preise aushandeln lassen. Doch wir dürfen uns nicht einfach von einem möglichen Mengenrabatt blenden lassen. So ist es generell fraglich, wie hoch solche Vergünstigungen tatsächlich ausfallen würden. Zudem muss im Auge behalten werden, dass ein zentraler Einkauf auch mit einem höheren Aufwand verbunden ist. Er macht deshalb nicht in jedem Fall Sinn. Entsprechend werden wir die beiden Anträge auch nicht unterstützen.

Judith Stofer (AL, Zürich): Ich spreche gleichzeitig zu den beiden KEF-Erklärungen 35 und 36. Die Alternative Liste wird beide KEF-Erklärungen überweisen. Eine zentrale Einkaufsstelle, die beim Hochbaudepartement angesiedelt ist, kann Strom und Brennstoffe effizienter und günstiger beschaffen. Wer ernsthaft sparen will, muss diese beiden KEF-Erklärungen unterstützen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den ausführlichen Bericht der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission zum kantonalen Beschaffungswesen KR-Nr. 346/2014 hinweisen. Die ausführliche Debatte um das Beschaffungswesen vor einem Jahr in diesem Rat hat den riesigen Handlungsbedarf in Sachen Einkauf und Beschaffung deutlich gemacht. Es ist nicht akzeptabel, dass im Kanton Zürich ein jährliches Einkaufsvolumen von 700 bis 800 Millionen Franken ohne genügendes Beschaffungsmanagement, Beschaffungscontrolling oder eine verwaltungsweit verbindliche Beschaffungspolitik abgewickelt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf das Postulat 24/2015 hinweisen. Dieses verlangt, dass der Regierungsrat das Beschaffungswesen in folgenden Punkten optimiert: Dass erstens eine zentrale Stelle geschaffen wird, die sämtliche Ausschreibungsverfahren abwickelt, dass zweitens einheitliche und verbindliche Regeln für sämtliche freihändige Vergaben geschaffen werden und dass drittens alle Beschaffungen verwaltungsweit erfasst werden mit dem Ziel, dass das Beschaffungscontrolling einheitlich erfolgen kann.

Die beiden vorliegenden KEF-Erklärungen sind darum eine kleine Aufmunterung an den Regierungsrat, die von GPK und FIKO formu-

lierten Empfehlungen rasch und zum Wohle des Kantons Zürich umzusetzen.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Ich wollte mich eigentlich angesichts der Zeit des Wortes enthalten, aber ich muss da schon die Voten von Josef Wiederkehr und Christian Müller in Frage stellen. Es wurde da ins Feld geführt, dass mit dem Beschaffungswesen wieder Stellen geschaffen würden. Ich kann da einfach widersprechen. Wenn Sie sich die Mühe gemacht haben, auf das Internet des Kantons Zürich zu gehen, dann findet man eine Seite, die heisst «Kommission für das öffentliche Beschaffungswesen». Abkürzung: KöB. Und bei der Baudirektion haben wir einen gewissen Roland Fey, der zuständig für die Beschaffung ist in diesem Amt. Er koordiniert in einer Kommission die zentrale Beschaffung. Wir sprechen heute von Öl und Strom, aber es werden laufend auch andere Gegenstände, Produkte und Dienstleistungen zentral beschafft. Das ist keine Neuigkeit. Dieser Antrag gliedert sich im Prinzip in das kantonale Beschaffungswesen ein, das wir so schon seit 2004 kennen.

Ich erspare Ihnen eine Rechtsbelehrung, ich möchte aber aus Sicht der SP sicher noch darauf hinweisen, dass es heute nicht nur um die Kosten geht. Auf Bundesebene heisst es: «Zuschlagskriterien bei öffentlicher Ausschreibung können sein: Preis, Termin, Qualität, Betriebskosten, Kundendienst, Umweltverträglichkeit und weitere.» In diesem Sinn, wir unterstützen den Antrag der SVP und finden ihn sinnvoll. Danke.

Robert Brunner (Grüne Steinmaur): Nur kurz zu Herrn Wiederkehr: Ich weiss nicht, ob es bekannt ist, das Hochbauamt hat eine Abklärung gemacht, wie die Direktionen Strom beschaffen. Befund: Jeder macht, was er will. Man hält sich zum Teil nicht einmal an die direktion internen Vorgaben. Wir haben hier ein dringendes Problem, das in Ordnung zu bringen ist. Wir müssen beim Beschaffungswesen, dort wo wir bei gleicher Leistung günstiger davon kommen, Geld einsparen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort geht noch an den Baudirektor Markus Kägi. Er verzichtet – aus Stromspargründen (*Heiterkeit*).

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 35 mit 122 : 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BD, Leistungsgruppe 8700, Immobilienamt

Zentraler Einkauf von Brennstoffen

Antrag der Kommission für Planung und Bau:

Es ist ein neuer Leistungsindikator zu schaffen: Anteil zentral beschaffter Brennstoffe (z.B. Heizöl und Erdgas). Zielgrösse 100% ab P18.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der KPB: Da ja alle Vorredner zu beiden Vorlagen gesprochen haben, halte ich mich kurz: Ich beantrage Ihnen, diesen Kommissionsantrag der KPB zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 36 mit 112 : 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BD, Leistungsgruppe 8800, Amt für Landschaft und Natur

Leistungsindikator L3

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben:

Der Zielwert der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume ist für die KEF-Periode 2016–2019 auf dem jetzigen Stand von 3050 ha zu belassen.

Roger Liebi (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Es geht um das Amt für Landschaft und Natur, den Leistungsindikator 3, das betrifft die durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume. Im Rechnungsjahr 2014 gab es hier eine entsprechende Fläche von 3029 Hektaren, die darunter fiel. 2015 waren es 3050 Hektaren. Für das Jahr 2016 und 2017 sind 3080 Hektaren geplant, für 2018 und 2019 3110 Hektaren.

Die Mehrheit der WAK ist der Meinung, dass es durchaus genügend wäre, wenn man bei diesen 3050 Hektaren bleiben würde. Es ist einfach wichtig, dass die entsprechenden Biodiversitätsziele durch eine bessere Qualität der bestehenden Flächen erreicht werden. Sie können das auch im Antrag lesen. Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass es ja auch nicht zielführend sein kann, dass hier durch die grössere Unterschutzstellung die Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft beeinträchtigt würde. Das kann man sicherlich nachvollziehen. Niemand von uns möchte, dass dadurch allenfalls weniger

Nahrungsmittel zur Verfügung stehen würden. Entsprechend sind wir der Meinung, dass man diesen Antrag sehr wohl überweisen kann. Und das nehme ich vorweg, ich weiss nicht, ob der Baudirektor nachher sprechen wird: Wir sind auch der Meinung, dass der Kanton dadurch nicht untergehen wird, wenn dieser Antrag durchkommt.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Der Kanton Zürich hat den gesetzlichen Auftrag, die einheimische Tier- und Pflanzenwelt und ihre Lebensräume langfristig zu erhalten. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist die Sicherung entsprechender Gebiete notwendig.

Wie bei anderen öffentlichen Aufgaben, bei denen die Fläche von Bedeutung ist, so zum Beispiel beim Hochwasserschutz oder beim Strassenbau, ist auch beim Naturschutz und insbesondere beim Erlass von Schutzverordnungen der Landerwerb eines der Umsetzungsinstrumente. Es wäre deshalb verfehlt, mit diesem KEF-Antrag diese Möglichkeit zu unterbinden.

In der Praxis kommt es nämlich immer wieder vor, dass Grundeigentümer im Besitz von entsprechenden Parzellen an diesen nicht mehr interessiert sind und diese dem Kanton zum Kauf anbieten, der dadurch seiner Verpflichtung betreffend gesicherter Lebensräume nachkommen kann. Dies soll auch in Zukunft möglich sein, denn das Naturschutzgesamtkonzept erwähnt ausdrücklich den Landerwerb als eines der anzuwendenden Instrumente zur Erreichung der Naturschutzziele.

Ich bitte Sie alle hier im Rat für sich selbst die folgenden Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten. Frage 1: Unterstützen Sie den Schutz unserer Landschaften? Und Frage 2: Soll die einheimische Tier- und Pflanzenwelt erhalten bleiben? Falls die zwei genannten Fragen mit Ja beantwortet werden können, bleibt Ihnen nichts anderes übrig als zum vorliegenden KEF-Antrag Nein zu sagen. Es besteht nämlich kein Anlass die grundsätzlich zurückhaltende im Einzelfall aber aktive kantonale Schutzgebietspolitik zu ändern. Die SP-Fraktion lehnt diese KEF-Erklärung entsprechend ab.

Martin Haab (SVP, Mettmenstetten): Lieber Kollege Erni, ich kann zweimal Ja sagen zu Ihren Fragen, und ich sage sogar noch ein drittes Mal Ja, nämlich zu diesem KEF-Antrag.

Mit dem letzten KEF-Antrag, den wir behandeln, zur Leistungsgruppe 8800 soll der Zielwert der mit Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume für die Periode 2016–2019 auf dem jetzigen Stand von 3050 Hektaren belassen werden. In den vergangenen fünf Jahren wur-

den diese Flächen im Kanton um rund 5 Prozent ausgedehnt, oder anders gesagt, um 130 Hektaren. Dies in einer Zeit, wo hüten wie drüben diskutiert wird, wie die Fruchtfolgeflächen zur Erhaltung der produzierenden Landwirtschaft gesichert werden können. Die einen glauben, der Richtplan, der dieses Parlament vor bald zwei Jahren genehmigt hat, sei der richtige Weg. Die anderen glauben aber, dass dazu die Kulturlandinitiative dringend notwendig sei. Aber alle sind sich einig, die Landwirtschaft benötigt auch in diesem Kanton Flächen, auf denen nachhaltig Nahrungsmittelproduktion stattfinden kann.

Fruchtfolgeflächen sind Flächen, auf denen, der Namen sagt es, Ackerfrüchte angebaut werden oder werden können. Obwohl Getreide, Ölsaaten und Eiweiss- und Futterpflanzen ebenfalls ein Teil der Biodiversität sind, findet Naturschutz und Biodiversität im Sinne der Fachstelle des Kantons anscheinend nur auf der übrigen Fläche statt, auf den sogenannten Naturschutzflächen und eben in diesen durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräumen.

Die Mehrheit der WAK erachtet es als vertretbar, diese Flächen im Moment quantitativ nicht weiter auszudehnen. Aus der Sicht dieser Mehrheit besteht kein dringlicher Handlungsbedarf. Sollten Sie – und ich schaue da zu meinen Ratskolleginnen und Ratskollegen auf der gegenüberliegenden Seite – jedoch der Meinung sein, die Biodiversität muss weiter durch Menschenhand und vor allem durch Steuergelder gefördert werden, so können Sie dies mehr oder weniger ungestört auf den bestehenden Flächen tun und versuchen, deren Ökoqualität zu verbessern. Ich bitte Sie, die KEF-Erklärung zu überweisen.

Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich): Die FDP-Fraktion unterstützt diese KEF-Erklärung, da sie einen kleinen Beitrag leistet, dass die Ausgaben des Kantons Zürich nicht weiter ins Unermessliche steigen.

Allen rot-grünen Schwarzmalern sei an dieser Stelle nochmals gesagt, dass es aufgrund dieser KEF-Erklärung wie bei den meisten übrigen ebenfalls nicht zu einem Staatsabbau kommen wird, und auch von Todsparen kann nicht die Rede sein. Die Ausgaben werden lediglich auf dem heutigen Niveau stabilisiert. Sparen sieht anders aus.

Dass Rot-Grün aber selbst diese moderate Massnahme im Umweltschutzbereich zur Dämpfung des aus dem Ruder laufenden Ausgabenwachstums bekämpft, zeigt symptomatisch, dass es bei Ihnen mit der Nachhaltigkeit nicht weit her ist. Zur Nachhaltigkeit gehören nämlich auch gesunde Staatsfinanzen, eine prosperierende Wirtschaft und eine moderate Verschuldung, die nicht alles den nächsten Generatio-

nen anlastet. Jetzt können Sie beweisen, dass Sie wirklich nachhaltig handeln und diese KEF-Erklärung überweisen.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Herr Boesch, Sie sind entschuldigt, weil Sie keine Ahnung haben und erst seit Kurzem da sind. Herr Haab ist nicht entschuldigt, er weiss wovon er spricht. Sie haben dieses Postulat 203/2013 unterstützt: Schutzverordnung Silbern / Lerzen / Stierenmatt in Dietikon. Sie haben es mit der SVP zusammen unterstützt. Die einzigen, die jetzt diese KEF-Erklärung annehmen dürfen, das sind die EDU-Vertreter. Sie haben das damals abgelehnt.

Die SVP hat diese Schutzverordnung verlangt – 15 Hektaren. Worum geht es? Es ist altrechtlich geschütztes Land, und darum geht es. Sie verlangen vom Regierungsrat rechtswidriges Verhalten mit einer Begründung die absolut abstrus ist. Sie behaupten, dass zusätzlich beanspruchte Flächen der Nahrungsmittel produzierenden Landwirtschaft entzogen würden. Bitt sehr. Bei dieser Schutzverordnung, bei diesen Feuchtgebiet an der Limmat, wo wollen Sie dort Kartoffeln anbauen?

Es handelt sich um ein altrechtliches Schutzgebiet, das jetzt neuerechtlich geschützt werden soll, und nicht weil die Dietiker jetzt so wahn-sinnig naturschutzfreundlich sind, sondern weil sie Planungssicherheit gegenüber dem Siedlungsgebiet respektive der Gewerbezone wollen. Und da haben sich die Bauern noch nie daran gestört. Die Fruchtfolgeflächen, Äcker, Wiesen, Bauzonen das hat sie ja noch nie geärgert.

Wir haben seit 1975, seit 40 Jahren, den Auftrag, die altrechtlichen Schutzgebiete neu dem PBG (*Planungs- und Baugesetz*) anzupassen. Das Natur- und Heimatschutzgesetz wurde 1975 erlassen. Wieso fehlen heute immer noch knapp 20 Prozent der Flächen?

Es ist relativ einfach: Wir haben keine neurechtliche Schutzverordnung beim Neeracherried, Steinmaurerried, Dielsdorferried. Wir haben ganz grosse Flächen im Kanton Zürich, die immer noch keine neurechtliche Schutzverordnung haben. Herr Haab, wo im Neeracher-, Steinmaurer-, Dielsdorferried wurden jemals Kartoffeln angebaut? Lachhaft, absolut lachhaft.

Es gibt aber auch noch Kuriositäten: Wir haben in meiner Gemeinde ein Schutzgebiet, das von der Flughafenkonzession geschützt ist, aber auch noch keine Schutzverordnung hat. Auch dort gibt es keine Kartoffeln, da kann man allenfalls ein Schaf reintreiben.

Diese KEF-Erklärung ist rechtswidrig, die Begründung ist abstrus, und alles, was Sie ausdrücken wollen, ist Ihre Abneigung gegen die Natur.

Abstimmung

**Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung
37 mit 92 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.**

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Sicherstellung des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialhilfe**
Postulat *Andreas Daurù (SP, Winterthur)*
- **Unerklärbare Lohnungleichheit bei Frau und Mann**
Anfrage *Michèle Dünki (SP, Glattfelden)*
- **Hundegesetz für die Katz**
Anfrage *Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon)*

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr


Zürich, den 26. Januar 2016

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 11.
Februar 2016.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 19:30:05	
JA:	156	
NEIN:	0	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	24	
Total Stimmen:	156	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	--
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	--
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	--
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	--
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 19:38:57	
JA:	150	
NEIN:	11	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 19:54:56	
JA:	53	
NEIN:	108	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
129	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	NEIN
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 20:13:23	
JA:	94	
NEIN:	67	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	--
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	--
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 20:14:06	
JA:	94	
NEIN:	68	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	--
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 20:32:44	
JA:	109	
NEIN:	48	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	23	
Total Stimmen:	157	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	NEIN
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	NEIN
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	JA
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	NEIN
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	--
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	--
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	--
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
122	Mischol	Tumasch	SVP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
137	Schmid	Stefan	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	--
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	--
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	NEIN
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 21:02:50	
JA:	88	
NEIN:	72	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	20	
Total Stimmen:	160	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	NEIN
088	Gut	Astrid	BDP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	NEIN
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	--
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 21:19:44	
JA:	122	
NEIN:	37	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	21	
Total Stimmen:	159	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
129	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	--
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Hauptli	Daniel	GLP	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	--
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	JA
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 21:21:11	
JA:	112	
NEIN:	49	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	NEIN
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	NEIN
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	NEIN
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	NEIN
129	Biber	Michael	FDP	NEIN
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	NEIN
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	NEIN
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	NEIN
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	NEIN
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	NEIN
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
029	Dünki	Michèle	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	JA
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	NEIN
142	Furrer	Astrid	FDP	NEIN
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	NEIN
106	Gantner	Alex	FDP	NEIN
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	NEIN
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	JA
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	NEIN
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	NEIN
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	NEIN
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	NEIN
097	Koller	Prisca	FDP	NEIN
128	Kull	Katharina	FDP	NEIN
159	Kündig	Jörg	FDP	NEIN
091	Kutter	Philipp	CVP	NEIN
063	Lais	Ruedi	SP	JA
010	Langenegger	Tobias	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	NEIN
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	NEIN
104	Müller	Christian	FDP	NEIN
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	NEIN
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
131	Romer	Martin	FDP	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	NEIN
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	NEIN
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	NEIN
100	Schwab	Daniel	FDP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	NEIN
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	JA
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	NEIN
107	Vollenweider	Peter	FDP	NEIN
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	NEIN
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	NEIN
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF 2017-2020)	
Geschäfts#:	KR-Nr. 1/2016	
Stimm-Datum:	2016.01.26 - 21:33:33	
JA:	92	
NEIN:	67	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	21	
Total Stimmen:	159	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
180	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	--
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	--
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
129	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
135	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
130	Bourgeois	Marc	FDP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	--
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
179	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
029	Dünki	Michèle	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
101	Farner	Martin	FDP	--
118	Fehr Düsel	Nina	SVP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	--
103	Franzen	Barbara	FDP	--
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	--
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
093	Häni	Peter	EDU	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
053	Häuptli	Daniel	GLP	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
112	Hoffmann	Benedikt	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	NEIN
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
124	Hurter	Christian	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	--
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	--
123	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
010	Langenegger	Tobias	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
136	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	--
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	--
153	Mettler	Christian	SVP	JA
122	Mischol	Tumasch	SVP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
125	Pfister	Ulrich	SVP	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
131	Romer	Martin	FDP	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
137	Schmid	Stefan	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
009	Trost Vetter	Susanne	SP	NEIN
126	Truninger	René	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
107	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	--
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	NEIN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				